

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Sangprolet“, „Die Rote Sigel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersdorf, Niederhermsdorf, Weisklein.

Anzeigenpreis: Die zweispaltige Millimeterzeile ab. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verrent- und Verrentungsangelegenheiten 4 Goldpfennige. — Reklame nach Vereinbarung. Die 14 tägige Beilage ober. deren Raum im Text 30 Goldpfennige.

Mittwoch, 23. Juli 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 8 maligen Erscheinungen monatlich 2.—, vierteljährlich 6.—, halbjährlich 11.—, jährlich 21.—, durch Ercheinungsbil. u. Abgabe 10 Pf. — Halbjährlich: Breslau, Teichstr. 60. — Postfach 1010. — Westpreußen: Breslau, Nr. 310 69. — Fernsprecher: Breslau, Ring 937.

Das amerikanische Diktat.

Keine Räumung des Ruhrgebiets — Frankreichs Recht auf Sanktionen Die deutschen Hampelmanner dürfen unterzeichnen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. Juli.

Der Londoner Berichterstatter der französischen Regierungsgeneratur „Havas“ betont, das der mit der amerikanischen Zustimmung gefahle Beschluß, das Recht Frankreichs auf Sanktionen in keiner Weise aufhebt, sondern vielmehr in aller Form vorzieht. Frankreich könne auch in Zukunft für sich allein Sanktionen durchführen und habe nur die Spezialpander der amerikanischen Anleihe zu respektieren.

Aus neueren Berichten über die Verhandlungen der Pfänder-Kommission ist ersichtlich, das das amerikanische Kapital auch damit einverstanden ist, das die französische Eisenbahn-Regie des besetzten Gebietes aufrecht erhalten bleibt, falls die Einnahmen aus diesen Eisenbahnen und aus sonstigen Pfändern den Anleihezahlern übermittelt werden. Aber die Wandlung der Eisenbahn-Regie ist noch keine Einigung zustande gekommen, da Macdonald mit der großen Zahl der zurucklassenden französischen Eisenbahnbeamten nicht einverstanden ist.

Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, hat zur Sicherung der Besatzungstruppen England vorgeschlagen, die alliierte Eisenbahnkommission, wie sie vor der Besetzung des Ruhrgebietes im Rheinland bestanden hat, wieder aufleben zu lassen. Diese alliierte Eisenbahnkommission hat dafür zu sorgen, das die Besatzungstruppen nicht durch einen deutschen Eisenbahnstreik gefährdet werden.

Ueber die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes (von der militärischen Räumung wird überhaupt nicht gesprochen; die bleibt selbstverständlich bestehen) wurde eine Einigung in dem Sinne getroffen, das sie beginnen soll, wenn die Reparationskommission nach ihrem bekannten Beschluß festgestellt hat, das Deutschland den Dawes-Plan durchgeführt hat. Die erste Etappe dieser wirtschaftlichen Räumung soll bis ungefähr Ende Oktober vollzogen sein, doch wird der Reparationskommission diesbezüglich ein volles Einspruchsrecht vorbehalten. Was diese Beschlüsse über „wirtschaftliche Räumung“ wert sind, zeigt der Umstand, das Herriot nach wie vor am Wilson-System festhält und über die Sachleistungen mit der Reichsregierung keinerlei Vereinbarung zu treffen wunght, sondern sich an die Ruhr-Industriellen hält. Englishsheit erweist diese Haltung Frankreichs den begründeten Verdacht, das Frankreich mit deutschen Rohstoffen gegen England eine Schmutzkonkurrenz betreiben will. Es verlautet sogar, das die französische Industrie im Sinne hat, den russischen Wieder-

aufbau“ gegen England mit deutschen Rohstoffen aus den Minenvertragen zu betreiben.

Die Führung der französischen Delegation hat eigentlich nicht Herriot, sondern General Nollet und der Boicardist Peretti. Was die Einladung Deutschlands zur Konferenz betrifft, so besteht die französische Delegation darauf, das diese Einladung nur erfolgen kann zwecks Unterzeichnung eines fertiggestellten Protokolls als Ergänzung des Versailles Vertrages. Mit dem deutschen Volschaftler in London wurde bereits Führung genommen. Wie verlautet, soll nicht Stresemann, sondern der nachliebigere Reichsfinanzler Marx zu der Unterzeichnung des Protokolls eingeladen werden.

Die Verhandlungen der Ententemächte mit den amerikanischen Bankeuren, insbesondere mit Morgan, über die Auslegung der deutschen Sanierungsanleihe für im vollen Gange. Ebenso wird mit amerikanischen Vertretern interalliierten Schulden behandelt. Macdonald hat darüber verhandelt, ob eine spätere Konferenz die Frage der mit italienischen und amerikanischen Delegierten über diesen Gegenstand wiederholt verhandelt.

Die Rolle Amerikas, das nach dem sozialdemokratischen Wörterbuch nach dem Zerfallen aller übrigen Lügen und Illusionen als letzter „Friedensengel“ die Befriedigung Europas bringen soll, wird auf der Konferenz immer deutlicher. Die amerikanische Finanz bemuht ihre Positionen als „Bankier der Welt“, als Gläubiger auch aller Ententestaaten, um sich in Europa billige Sahnerbeere zur Durchführung der Ziele des amerikanischen Dollar-Imperialismus zu dingen. Der Plan, das französische Sahnertruppen im Ruhrgebiet und eventuell in weiteren besetzten Gebieten Deutschlands den Zinsen- und Amortisationsdienst der Sanierungsanleihe sichern sollen, der Plan, das die im Dawes-Plan vorgesehenen Kommissare ganze Zweige der deutschen Verwaltung nach Belieben in die Hände nehmen, entspricht vollkommen den Methoden dieses „friedlich-demokratischen“ Dollar-Imperialismus. Wie er mit Hilfe kleiner Dollar-Anleihen sich südamerikanische Staaten untertan machte, so wird er es in Amerika mit Deutschland machen. Die Abhängigkeit des französischen Imperialismus vom Dollar bedeutet also — das ist aus dem bisherigen Verlauf der Konferenz schon klar ersichtlich — keinesfalls eine bessere Aussicht für den Frieden Europas und den Aufbau Deutschlands, sondern im Gegenteil nur eine bessere Aussicht für die sichere Kolonisierung Deutschlands und die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze.

Oberschlesien

Das Schmerzenskind der deutschen Bourgeoisie *).

Breslau, den 16. Juli 1924.

Wie das Kind erkrankte.

Oberschlesien war in Vorkriegszeiten ein Eldorado für die Großverdiener. Der ober-schlesische Prolet hustete 10—12 Stunden für einen Hungerlohn, war fleißig, brav, „gottesfürchtig“, fruchtlos und hatte alle anderen deutschen Mutter-tugenden. Die Kapitalisten machten gute Geschäfte. Die Industrie gedieh. Auch die Kaufleute, besonders die Destillateure, gediehen und zogen nach 15—20jahriger „gegenreicher Tätigkeit“ als Rentier nach Breslau oder Berlin.

Es waren „herrliche Zeiten“ für Junkertum und Bourgeoisie. Doch bereits während des Weltkrieges änderte sich das Bild. Die ober-schlesischen Proleten, die als besonders vor-treffliches Kanonensfutter galten, begannen zu rebellieren. 1917 gab es in Hindenburg die ersten Hungerrevolten und Wand-berungen. Das Mutterkind der Bourgeoisie ist seit dieser Zeit ihr Schmerzenskind geworden.

1918/19 kämpfte ein großer Teil der Arbeiterschaft in West- und Ostoberschlesien unter den Fahnen von Spartakus. Der ehrenwerde Republikaner und Sozialdemokrat Hor-ting (jetzt Vorsitzender des schwarz-rot-goldenen Stahlhelms) holte die schwarz-rote und andere Banditen aus allen Teilen des Reiches zusammen, um mit Hilfe von Aus-nahmegesetzen, Standrecht, Streikverboten, Maschinen-gewehren und anderen republikanischen Hilfsmitteln die rebellierende Arbeiterschaft niederzuschlagen.

Diese Senkungsarbeit im Dienste der deutschen Bourgeoisie gelang. Aber noch einen zweiten „Erfolg“ hatte der „Staats-mann“ Horhing zu verzeichnen. Hunderttausende Proleten wurden dem polnischen Chauvinisten in die Arme getrieben. Der Erfolg war so gewaltig, das ein bürgerliches Blatt, die „Kattowitzer Zeitung“, schrieb: „Die Polen hätten allen An-las, dem Horhing in Kattowitz ein Denkmal zu errichten.“

Der nationale Bazillus.

Die Blechzitter und die Millionen Korruptionen der mit denen Oberschlesien überschwemmt wurde, verstärkten die nationalistische Bewegung.

Schwere Zeiten für die kommunistische Partei brachen an. Unsere Genossen wurden von den polnischen Chauvinisten als „Deutsche Orge“ und von den mit Abstimmungsgeboten gefullerten Schapokeln aller deutschen bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, als „polnisches Agenten“ beschimpft. Eine Pogrombege schlimmer Art folgte ein. Unsere Genossen wurden oft von den eigenen Klassen-genossen beschimpft, beipnat, mißhandelt.

Bojarska (polnischer Selbstmord) und Dracsch waren Trunf und zählten die aktiuesten Proleten zu ihren Anhängern. Unsere Partei wurde in dieser Zeit zur Sek-tion und konsequent den Standpunkt des inter-nationalen Klassenkampfes vertrat. Hingut kam noch die Unter-drückung unserer Partei und ihrer Presse durch den Befehlshaber der Entente.

Mit dem Abzug der Ententetruppen fiel die nationalistische Welle. In der Orge schieden sich die Geister. Der korrum-pierte Teil schlug sich zu den Reichisten, während erhebliche Teile der Arbeiterschaft den Weg zum Klassenkampf zurufanden.

In diese Periode fielen die zweiten nachrevolutionären Reichstags- und Landtagswahlen in Oberschlesien, die im November 1922 stattfanden, und der Partei, trotz ihrer großen organisatorischen Schwäche einen gewaltigen Erfolg brachten.

Vor Beginn des Wahlkampfes sah die ober-schlesische So-zialdemokratie noch auf hohem Roh. Herr Okski, Chefredakteur des „Volsblattes“ und Reichstagsabgeordneter — jetzt a. D. — rief uns Kommunisten allen Ernstes, auf eine eigne Kandidatenaufstellung zu verzichten, da wir keine Aus-sicht hätten, einen Abgeordneten in den Reichstag zu wählen.

Etwas 40 000 Proleten gaben Herrn Okski die Antwort und bewiesen durch ihre Stim-mabgabe für die Kommunisten, das der Kern der Arbeiterschaft in Oberschlesien den nationa-listischen Traum ausgetrumt hat und ge-willt ist, den Weg der proletarischen Revo-lution zu beschreiten.

Das Eisen für die kommunistische Partei war heiß. Unsere Genossen in den Hütten und Betrieben verstanden es zu schmelzen. Sie organisierten die Betriebsratebewe-gung, schafften die Gewerkschaftsbundgen uball aus und er-reichten, das die Betriebsräte im Industriesektors die Organe des revolutionären Klassenkampfes wurden.

Die Organisierung und Zusammenfassung der Betriebs-räte, die Arbeit in den Betriebsstellen beschleunigte die Revo-lutionierung der ober-schlesischen Arbeiterschaft, die in den Wahlen am 4. Mai 1924 ihren lebendigen Ausdruck fand.

Das Kind soll geheilt werden. Dr. Herrschel als Arzt

150 000 kommunistische Stimmen in Oberschlesien. 90 000 neue Volschweissen in kaum 1 1/2 Jahren. Das Sorgenkind ist jetzt an „jurchterlich zu werden“. Die Bourgeoisie auf Heilung und fand eine Medizin.

Der Dawes-Feldzug gegen die deutschen Eisenbahner.

Die deutsche Regierung gibt ihre Beamten preis.

(Eigene Drahtberichte.)

Berlin, 22. Juli.

Der Kampf im Organisationskomitee auf der Londoner Konferenz für die zukunfftige private Eisenbahngesellschaft ist zum Abschluß gekommen. Von außerordentlich großer Bedeu-tung ist der Beschluß, das keinerlei Vorbehalte und Reserven des deutschen Eisenbahnpersonals bei der neuen Gesellschaft anerkannt werden, das ebenso wenig es übertragen werden dürfte, das sich die deutsche Reichsregierung nach Übernahme des Personals mit irgend welchen besonderen Garantien für dieses Personal, die mit ihren hohen finanziellen Auswendungen die Volocierung des Reichs-haushalts gefährdeten könnten, belastigt wird. Der Beschluß lautet also darauf hinaus, das unter der neuen Gesellschaft die bisherigen Beamten ihres Beamtencharakters verlustig gehen und ein-fache Privatangeestellte werden. Die deutschen Ver-treter haben dazu ihre Zustimmung gegeben, ebenso zu der für notwendig erklärten weitgehenden Ver-minderung des Eisenbahnpersonals.

Massenberausung in der Gorbersdorfer Lungenheilkunst.

228 Personen erkrankt. Bisher 4 Personen gestorben. Ein dunstler Saal. Bazillen oder Unsauberkeit?

Wir haben im vorigen Jahre wiederholt Klagen von Pa-tienten und Angestellten der Dr. Brechmer'schen Lungenheil-anstalt in Gorbersdorf vernehmen gehört. Aus allen Zulchritten ging hervor, das die Zustände in der Anstalt dringend der Abhilfe bedurften. Nicht nur die Patienten litten über-schuldete Behandlung, Unsauberkeit und schlechtes Essen, son-derm auch von den Angestellten, die mit der Direktion einen heftigen Kampf um die Anerkennung ihres Betriebsrates füh-ten, wurden ähnliche Klagen laut.
Wie im Jahre die maßgebenden Ansätzen, besonders die

Reichsversicherungsbehorde auf diese Mißstände wiederholt aufmerksam. Bergschick! Es blieb alles beim alten.

Am Sonntag, den 13. Juli, erfolgte eine Massenerkrankung von Patienten der genannten Anstalt, über welche die bürgerliche und sozialdemokratische Presse beziehungsweise erst am Donnerstag berichtete.

Gerannte Zeitungen, besonders die „Bergwacht“, veröffent-lichen kommentarlos die schonberurlichen Berichte der An-staltsleitung und des Kreismedizinrates. Letzterer berichtet:

Am 13. Juli, abends, erkrankten die gesamten Insassen der Dr. Brechmer'schen Anstalt, und zwar 190 Kranke, 38 Angestellte (darunter 2 Aerzte) und 11 andere Personen unter den Erscheinungen eines heftigen fieberhaften Darmkatarrhs. Die Leitungen der übrigen Gorbersdorfer Anstalten stellten sofort Aerzte, Personal usw. zur Verfügung, so das die aus-reichende Versorgung der Kranken in keiner Weise gefährdet war, und auch der Direktor der Universitätsklinik für innere Krankheiten in Breslau, Geheimrat Mikolowski, entsandte einige Aerzte zur Hilfeleistung. Als Ursache der Erkrankungen wurde eine Sonntag mittags genossene Erdbeerspeise ermittelt, in der Bazillen enthalten waren; diese werden noch näher un-terucht. Der größte Teil der Erkrankten ist wieder ganz hergestellt oder befindet sich auf dem Wege zur Besserung. Kranke sind noch einige 20 Personen, darunter 4 Schwerkranke, doch besteht bei allen begründete Hoffnung auf baldige Ge-nerung. Leider ist ein Todesfall zu beklagen; der langjährige Oberarzt der Anstalt, Dr. Rowe, ist einer besonders schweren Form der Krankheit erlegen. Festgestellt ist bereits, das irgendwelche Verhaltungen nicht in Frage kommt, sondern nur ein unglücklicher Zufall vorliegt, bei dem vielleicht Ratten und Mäuse eine gewisse ursächliche Rolle spielen.

Die er amtliche Bericht erstattet am Sonnabend. Demnach war alles in brauner Butter. Die Patienten befanden sich auf dem Wege der Besserung.

Inzwischen sind bis Montag abend sechs weitere Todes-fälle erfolgt.

Wie uns kurz vor Schluss der Redaktion von Patienten der Anstalt mitgeteilt wird, sind die Begrabungen auf die in der Rübe herrschende Unsauberkeit zurufuhren. Die Erdbeer-speise wurde in kupfernen Gefäßen, die Granschen angelegt hatten, aufbewahrt.
Wir kommen in unserer nächsten Nummer auf die dunkle Freigesetztheit aus Übersicht zurück und fordern bereits bezug die Freisetzung eines proletarischen Untersuchungsausschusses gegen den Rat der Anstalt. Ferner verlangen wir: Währung der Betriebsleitung bis zum Abschluß der Untersuchungen und for-twahrende strafrechtliche Vernehmung aller betriebsangehorigen Patienten.

* Infolge des Verbots erklärt der Artikel verbotlich.

Ungültigkeitserklärung der oberösterreichischen Mandate und Verabschließung der Neuwahlen.
Die Zeit bis zum 17. September wollen die Doktoren der Deutschen Bourgeoisie benutzen, um das Sorgenkind durch Anwendung weiterer Rezepte gesund zu kurieren.
Herr Dr. Herschel, Mitglied des Zentrums Rechtsanwalt und 2. Bürgermeister von Breslau, ist einer von den Ärzten, die im Interesse der Bourgeoisie alle ihre Kräfte springen lassen wollen, um das kranke Kind zu heilen.
In der Sonntagsnummer der Breslauer Neuesten Nachrichten veröffentlicht Herr Herschel seine Rezepte.
Das Kind braucht Ruhe.
Herr Herschel hat dem kranken Kinde zunächst den Puls gefühlt und festgestellt, daß es überanstrengt ist und Ruhe braucht. Oberösterreich hat sich infolge dauernder Wahlen überanstrengt.
Herr Herschel schreibt:
„Es ist seit einigen Jahren aus den Wahlen für Reich, Land, Gemeinden und aus anderen Abstimmungen von höchster Bedeutung kaum herausgekommen. Hat es doch im Gegensatz zu anderen Ländern sowohl über seine Zugehörigkeit zu Deutschland am 20. März 1921 und über seine Zugehörigkeit zu Preußen am 3. September 1922 abstimmen müssen. Dazu traten dann noch wiederholt Neuwahlen, als die fremde Besatzung abgezogen war.“
Deshalb tritt der biedere Zentrumsmann für weitere Verschiebung der Wahlen ein. Erstens „im Interesse der Notwendigkeit der Bevölkerung“ und zweitens im Interesse der „Landwirtschaft“ (lies Junkertum). Herr Herschel will deshalb die Reichstagswahlen in Oberösterreich zu den Landtagswahlen verschieben.
Denn der Klappseher des Zentrums weiß zu genau, daß das oberösterreichische Proletariat, dem seine Ausbeuter ab 1. August einen 20%igen Lohnabbau zumuten, den bürgerlichen Wahlgangern im September die Quittung ausstellen würde.
(Schluß folgt.)

30 Jahre Zuchthaus im Stuttgarter Prozeß.

In Stuttgart verurteilte der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zu insgesamt 30 Jahren Zuchthaus. Den Genossen wurde ebenfalls zur Last gelegt, im Besitz von Waffen gewesen zu sein. Der Gerichtsvorsitzende hielt eine wilde Rede gegen die Kommunisten.
Zeigen und diese beiden Prozesse nicht deutlich das Gesicht der deutschen Republik? Die deutsche Republik mit ihren Freiheiten, der Sozialdemokratie, läßt bewaffnete rechtsradikale Gruppen ungehindert die Arbeiter probieren und misshandeln. Arbeiter die zur Selbstwehr greifen, kommen auf Jahrzehnte ins Zuchthaus.
Neue, ungeheuerliche Schreckensurteile, die in ganz Deutschland jeden Arbeiter zum Protest herausrufen mühen, der noch aufrecht fühlt und denkt. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilt Proletarier zu sieben und acht Jahren Zuchthaus, weil sie sich gegen monarchistische Mordbände bewaffneten. Laut sei es hinausgerufen in alle Wälder dieser Republik, hinaus über die Grenzen Deutschlands, in die Ohren des Weltproletariats, das hören soll, zu welcher weissen Hölle das Deutschland des Sachverständigen-Quartiers geworden ist. Die Äußerungen der Amsterdamer Führer über die Ebert-Republik sollen endgültig erledigt sein.
Die Führer der monarchistischen Banden, die am 9. November 1923 bewaffnet gegen die Republik loszogen, erhielten einige Monate Ehrenhaft. Arbeiter, deren ehrenhafte Anerkennung der Gerichtshof nicht bestreiten kann, sollen sieben und acht Jahre ins Zuchthaus.
Der Rechtsausschuß des Reichstages hat alle Amnestieanträge für politische Verbrechen abgelehnt. Am Dienstag trat der Reichstag zusammen. Das Königsberger Zuchthausurteil wird einen solchen Sturm des Protestes entfachen, daß selbst diesem Schandparlament die Verweigerung der Amnestie nicht leicht werden soll.
Heraus mit den politischen Gefangenen des Proletariats!

Erpressermethoden der deutschen Justiz.

Der Genosse Arthur Reklor aus Lauban, befindet sich wegen polizeilicher Verfolgungen seit dem 13. Juli 1924 auf der Flucht. Am 19. Juli 1924 hat man seinen 17-jährigen Bruder verhaftet und ins Gerichtsgefängnis Lauban eingeliefert, angeblich wegen Verteilens von illegalen Flugblättern im vorigen Jahre. Der Amtsgerichtsrat Kiebuch hat dem Vater Reklors persönlich erklärt:
„Wenn mir gesagt wird, wo sich ihr Sohn Arthur aufhält, und wenn dieser zurückkommt, wird man Ihren 17-jährigen Jungen wieder freilassen.“
Im Mittelalter wandte die Justiz bei Erpressungen die Folter an. Die Polizei des „Kulturstaates“ stellt Unschuldige hinter Kerlermauern, um Geständnisse zu erzwingen.

Klassenkämpfer müssen weiter schwächen.

Der „Rechtsauschuß des Reichstages“ befand sich in einer letzten Sitzung mit den Amnestieanträgen der kommunistischen Fraktion. Alle Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt. Selbst die Anträge auf Amnestierung der Gefangenen aus der Münchener Zeit (1919). Die Anträge der Kommunisten befaßten sich mit den Verurteilten, die zur Zeit des Rapp-Putches die Sozialdemokratie wieder in den Sattel gehoben haben, mit den Verurteilten der Märzaktion 1921 und mit denen, die im Herbst 1923 eigene proletarische Organe geschaffen haben. Diese berechtigten Anträge wurden niedergestimmt. Erst Amnestieurteile, dann brutale Durchführung bis zur letzten Sekunde bei — Proleten.

Severings Stolz!

Quisburg. Ein Polizeibeamter war vor dem Schöffengericht angeklagt, weil er einen Arbeiter, der sich seiner Bezahlung widersetzte, mit einer Kette erschlagen hatte. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, das Gericht sprach den Polizeibeamten frei.
Hagen. Hier wurden einige Polizeiwachmeister in Untersuchungshaft genommen, weil sie Schusswaffen unter Androhung von Waffengebühren 2000 Zigaretten abgenommen hatten, die aber von den Polizeibeamten eigenhändig verkauft wurden, ohne die Schusswaffen anzugeben.

Severings Stolz!

Quisburg. Ein Polizeibeamter war vor dem Schöffengericht angeklagt, weil er einen Arbeiter, der sich seiner Bezahlung widersetzte, mit einer Kette erschlagen hatte. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, das Gericht sprach den Polizeibeamten frei.
Hagen. Hier wurden einige Polizeiwachmeister in Untersuchungshaft genommen, weil sie Schusswaffen unter Androhung von Waffengebühren 2000 Zigaretten abgenommen hatten, die aber von den Polizeibeamten eigenhändig verkauft wurden, ohne die Schusswaffen anzugeben.

Die deutsche Schandjustiz.

Das Königsberger Bluturteil.

In dem Königsberger Prozeß Kaiser und Genossen wurde heute das Urteil gefällt. Es lautet:
Kaiser 7 Jahre Zuchthaus, und 100 Mark Geldstrafe;
Kaiser 6 Jahre Zuchthaus, 600 Mark Geldstrafe;
Schold 5 Jahre Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe;
Baumann 4 Jahre Gefängnis, 400 Mark Geldstrafe;
Baumann 4 Jahre Gefängnis, 400 Mark Geldstrafe;
Königs 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 300 Mark Geldstrafe;
Königs 2 Jahre Gefängnis, 200 Mark Geldstrafe;
Börner, Medlenburg, Polles und Hoffmann je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 200 Mark Geldstrafe;
Königs 2 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungs-Abteilung als verhaftet erachtet werden.
Die Untersuchungs-Abteilung kommt bei den übrigen Angeklagten ebenfalls zu entsprechender Anrechnung.
Dieses Urteil ist eine Ungeheuerlichkeit, die wieder einmal klar das Gesicht unserer demokratischen Republik zeigt. Die Angeklagten in diesem Prozeß, ehrliche Arbeiter und proletarische Kämpfer, waren nur im Besitz von Waffen. Viele Waffen sind im Oktober vorigen Jahres bei den Angeklagten gefunden worden. Die Angeklagten äußerten sich im Prozeß, daß die Richtigungen der Sachverständigen in diesem Umfange bezweifelhaft waren, daß die Arbeiterhaft gestungen war, sich zu bewaffnen, um sich nicht von den Arbeitermördern umbringen zu lassen. Die Regierung hat ja bekanntlich nichts zur Beseitigung dieser reaktionären und faschistischen Mordbände getan. Ein Arbeiter erklärt: Wir wollten uns nicht gänzlich zu Schanden machen lassen, um diesen bewaffneten Mordbänden ausgeliefert zu sein. Es war keine neu, daß 18000 Gewehre sich in den Händen der sozialistischen Kämpfer befanden, mit denen nicht nur die Republik geschützt werden sollte, sondern die zur entscheidenden Wiederherstellung der Arbeiter dienen sollten. Diesen bewaffneten Mordbänden ist seitens der Regierung bis heute noch nicht ein Haart gedreht worden. Wir mußten zur Selbsthilfe greifen.“
Besonders für den Gerichtshof zum Schutze der Republik war die Frage des Vorwurfs, der einen unserer Genossen der im Besitz einer solchen Waffe war, anzuhängen. Sie sind wohl noch stolz auf sich einen Auf-

stehen sehen? Als der Rechtsanwalt Dr. Samter auf diese Angehörigkeit der Beleidigung einer ganzen Partei hinwies, wurden seine Worte zu Protokoll genommen und Anträge gegen den Rechtsanwalt erstattet.

30 Jahre Zuchthaus im Stuttgarter Prozeß.

In Stuttgart verurteilte der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zu insgesamt 30 Jahren Zuchthaus. Den Genossen wurde ebenfalls zur Last gelegt, im Besitz von Waffen gewesen zu sein. Der Gerichtsvorsitzende hielt eine wilde Rede gegen die Kommunisten.
Zeigen und diese beiden Prozesse nicht deutlich das Gesicht der deutschen Republik? Die deutsche Republik mit ihren Freiheiten, der Sozialdemokratie, läßt bewaffnete rechtsradikale Gruppen ungehindert die Arbeiter probieren und misshandeln. Arbeiter die zur Selbstwehr greifen, kommen auf Jahrzehnte ins Zuchthaus.
Neue, ungeheuerliche Schreckensurteile, die in ganz Deutschland jeden Arbeiter zum Protest herausrufen mühen, der noch aufrecht fühlt und denkt. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilt Proletarier zu sieben und acht Jahren Zuchthaus, weil sie sich gegen monarchistische Mordbände bewaffneten. Laut sei es hinausgerufen in alle Wälder dieser Republik, hinaus über die Grenzen Deutschlands, in die Ohren des Weltproletariats, das hören soll, zu welcher weissen Hölle das Deutschland des Sachverständigen-Quartiers geworden ist. Die Äußerungen der Amsterdamer Führer über die Ebert-Republik sollen endgültig erledigt sein.
Die Führer der monarchistischen Banden, die am 9. November 1923 bewaffnet gegen die Republik loszogen, erhielten einige Monate Ehrenhaft. Arbeiter, deren ehrenhafte Anerkennung der Gerichtshof nicht bestreiten kann, sollen sieben und acht Jahre ins Zuchthaus.
Der Rechtsausschuß des Reichstages hat alle Amnestieanträge für politische Verbrechen abgelehnt. Am Dienstag trat der Reichstag zusammen. Das Königsberger Zuchthausurteil wird einen solchen Sturm des Protestes entfachen, daß selbst diesem Schandparlament die Verweigerung der Amnestie nicht leicht werden soll.
Heraus mit den politischen Gefangenen des Proletariats!

Erpressermethoden der deutschen Justiz.

Der Genosse Arthur Reklor aus Lauban, befindet sich wegen polizeilicher Verfolgungen seit dem 13. Juli 1924 auf der Flucht. Am 19. Juli 1924 hat man seinen 17-jährigen Bruder verhaftet und ins Gerichtsgefängnis Lauban eingeliefert, angeblich wegen Verteilens von illegalen Flugblättern im vorigen Jahre. Der Amtsgerichtsrat Kiebuch hat dem Vater Reklors persönlich erklärt:
„Wenn mir gesagt wird, wo sich ihr Sohn Arthur aufhält, und wenn dieser zurückkommt, wird man Ihren 17-jährigen Jungen wieder freilassen.“
Im Mittelalter wandte die Justiz bei Erpressungen die Folter an. Die Polizei des „Kulturstaates“ stellt Unschuldige hinter Kerlermauern, um Geständnisse zu erzwingen.

Klassenkämpfer müssen weiter schwächen.

Der „Rechtsauschuß des Reichstages“ befand sich in einer letzten Sitzung mit den Amnestieanträgen der kommunistischen Fraktion. Alle Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt. Selbst die Anträge auf Amnestierung der Gefangenen aus der Münchener Zeit (1919). Die Anträge der Kommunisten befaßten sich mit den Verurteilten, die zur Zeit des Rapp-Putches die Sozialdemokratie wieder in den Sattel gehoben haben, mit den Verurteilten der Märzaktion 1921 und mit denen, die im Herbst 1923 eigene proletarische Organe geschaffen haben. Diese berechtigten Anträge wurden niedergestimmt. Erst Amnestieurteile, dann brutale Durchführung bis zur letzten Sekunde bei — Proleten.

Severings Stolz!

Quisburg. Ein Polizeibeamter war vor dem Schöffengericht angeklagt, weil er einen Arbeiter, der sich seiner Bezahlung widersetzte, mit einer Kette erschlagen hatte. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, das Gericht sprach den Polizeibeamten frei.
Hagen. Hier wurden einige Polizeiwachmeister in Untersuchungshaft genommen, weil sie Schusswaffen unter Androhung von Waffengebühren 2000 Zigaretten abgenommen hatten, die aber von den Polizeibeamten eigenhändig verkauft wurden, ohne die Schusswaffen anzugeben.

Wochenüberblick über die wichtigsten Ereignisse während des Verbotes der „Schließlichen Arbeiter-Zeitung“

14. Juli. Die Langwerke in Mannheim werfen 5000 Arbeiter auf die Straße.
Genosse Schönberg (Schnabrück) wird in Leipzig wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.
In einem Prozeß gegen 57 Mitglieder der kommunistischen Partei erhalten die Angeklagten Strafen von 2 Monaten bis 1 Jahr Gefängnis.
Die Kämpfe der bewaffneten Arbeiter in Bulgarien gegen den weißen Terror dauern an.

15. Juli. Der schwerindustrialisierte „Tag“ macht Mitteilungen über den Plan eines neuen Ermächtigungsgesetzes zwecks Durchführung des Sachverständigenkongresses.
16. Juli. Die Londoner Konferenz wird eröffnet.
In Brüssel fanden revolutionäre Massendemonstrationen anlässlich der zehnjährigen Wiedergeburt des Kriegsausbruches statt. Es sprachen für die Internationale der gewesenen Kriegsteilnehmer: Genosse Darbule-Frankreich und Karl Liebknecht-Berlin. Die Polizei versuchte vergeblich, den Genossen Liebknecht zu verhaften.
Die Konferenz der internationalen Gewerkschaftsvereinigungen und der sozialdemokratischen Internationale nahm eine Entschließung an, in der das Dawes-Datenschutz mit Einschränkungen (?) gebilligt wird.
Die Reparationskommission hat gestern das amerikanische Mitglied des Sachverständigenausschusses, Owen Young, zu dem im Sachverständigenbericht vorgesehene Sachwalter für die Reparationszahlungen ernannt.

17. Juli. Nach Mitteilung des amtlichen Preussischen Pressedienstes haben die abgebauten Beamten keinen Anspruch auf die Arbeitslosenversicherung.
Die kommunistische Reichstagsfraktion hat wegen der Durchscheidung der Schranke der KPD-Abgeordneten ein Misstrauensvotum gegen den Reichstagspräsidenten Wallraff eingebracht.
Die Spaltung bei den Bolschewiken macht weitere Fortschritte. In München hat sich eine neue Gruppe von Hilfer-Anhängern unter dem Namen „Reichsbanner“ gebildet.
Die Pressestelle des Oberpräsidiums Hannover teilt mit, daß der Präsident der Gaarmannpolizei, der Sozialdemokrat Bederath, keine Rücktrittsabsichten habe.
Der Staatsgerichtshof verurteilte den Schriftleiter vom „Schö des Ostens“ zu einem Jahr acht Monaten Festung.

19. Juli. Nach den bisherigen Ergebnissen der Londoner Konferenz wird das Ruhrgebiet nicht nur nicht getäumt, sondern Frankreich bleibt die Möglichkeit offen, selbständig neue territoriale Sanktionen zu ergreifen.
Gerriot verlangt für die Zulassung der Deutschen in London die gleichen Formalitäten wie seinerzeit in Versailles.
In Thüringen ist ein Bund roter Frontkämpfer gebildet worden.
Sämtliche Amnestieanträge oder Kommunisten wurden vom Rechtsausschuß des Reichstages abgelehnt.
Die polnische Regierung hat auf dem „Verordnungswege“ die Arbeitszeit in Posen-Oberloosen um zwei Stunden verlängert und den 3. Weltkriegstag eingeführt.

Löbes Weltfrieden

Der Stand der englischen Territorial-Armee ist bis Ende Juni auf 174.304 Mann gestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung von 7.119 Mann seit Anfang des Jahres 1924 und eine Steigerung von 4.090 im Monat Juni.

Neue Streitwelle in England.

Die Lage im Bauarbeiterstreik in London ist unverändert. 15.000 Arbeiter feiern.
Die Elektricitätsarbeiter haben beschlossen, wegen abgelehnter Lohnforderungen in den Streik zu treten.

Ministerpräsident MacDonald hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem er im Namen der englischen Regierung den vom Völkerbund vorgeschlagenen gegenseitigen militärischen Garantiepakt ablehnt. Diese Ablehnung hat in allen völkerbundsfreundlichen Kreisen Englands tiefste Enttäuschung hervorgerufen.

Die Lage im Bauarbeiterstreik in London ist unverändert. 15.000 Arbeiter feiern.

Die Elektricitätsarbeiter haben beschlossen, wegen abgelehnter Lohnforderungen in den Streik zu treten.

Farbige Winde.

Erzählung von Wassiwolod Iwanow.
(Verlag Carl Hoyer Koch, Denis Gahabich, Hamburg 8) 5)
Stenjon hatte, eingefallene Wangen straffte sich. Er sagte ängstlich:
„Vater, du solltest dir doch wenigstens das Schützengeld fällen! ... treib dich den ganzen Tag herum ... du bist wohl wieder bei deiner Liebsten gewesen?“
Er warf einen frechtenden Blick auf seinen Bruder Dmitri, der auf den Zweiter mochte:
„Was willst du da, Dmitri? Ja verdammt!“
„Und wo hast du die Schlüssel?“ fragte Dmitri heftig.
„Ich will mir das Korn ansehen.“
Stenjon machte eine Weile in seinen Holentwürfen und antwortete dann:
„Ich kann sie nicht finden. Mühen irgendwo hängen.“
Dmitri drehte sich ab und ging zum Hause zurück.
„Hol dich der Ruhe, Vater! Du glaubst wohl, ich werde es verkraften? Ich brauche dem Korn nicht, Darja.“
Darja kam eilig herbeigelaufen, an ihrem hochgehenden Kopf nuschelnd:
Stenjon sah nach der Tür hin und sagte:
„Sieh einer an, beunruhigt sich wie ein General!“
Die ein krankes Heha schenkte sich Maria langsam über den Hof.
Stenjon trat durchs Hoftor hinaus. Dmitri bemerkte sofort, daß er weg war.
Stenjon schritt langsam wieder zum Hof zurück. Er atmete ruhig, regelmäßige.
In den Nachbarhöfen waren die Hühner.
Mikow schaute auf den regungslosen Vater mit dem häßlichen Augen. Daß er nach was er über Augenblicke sagen konnte. Er hob den Kopf in die andere Hand und sagte:
„Du hast es gut, Maria. Der Großvater ist ja ein alter Mann.“
Stenjon schaute die Hühner an mit den trübenden Augen in die Höhe zurück. Die Hühner, die die Weiser in den Höfen brachten, war mit ihm Grise.
In diesem Abend brachte Stenjon zum Scherz aus.

Lang, in einem dunklen Kleide stand sie in der Stube und machte riesig Verhängungen vor den Heiligenbildern:
„Für die Sünden! ... Für die Sünden! ... Für die Christusverräter!“
C Aber ihre Lippen waren sinnlich und gierig. Ihre Blide trocken lachend über die Köpfe der anderen.
Dmitri sagte leise:
„Du brauchst einen Mann, heilige Frau! Das ist es!“
Agrippina betrachtete unruhig ihren Vater. Unruhig und hart. Und jener war hart, regungslos und dunkel.
„Die Leute sagen, du willst heiraten?“ fragte sie, ihre heißen, roten Lippen zuckend.
Dmitri schweigend antwortete gelassen:
„Wie es kommt. Vielleicht heirate ich. Sie ist ein gutes Weib, die Katarina.“
Agrippina ließ einen Säure aus. Ihre ungeren Arme floßen entsetzt hoch.
Mit dem Kopf herum standen Stenjon, Maria und Darja. Dmitri sah auf der Heubank neben Maria. Alle hatten edle, grüßlich verärgerte Gesichter.
„Jesus Maria! ... du bist doch gewiß an die letzte Jahre mit! Du magst ins Kloster dem Seelenheil suchen! Und du wählst ein Frauenzimmer ins Haus bringen? Haben wir nicht genug Weiber hier im Hof? Die Mutter wird sich im Grabe umdrehen! ... Und wenn's notwendig eine Anhängige wäre ... Aber eine Heirat! Es gibt keinen Soldaten hier, mit dem sie nicht geschlafen hätte. Du, Dmitri ist der erste!“
Dmitri sagte:
„Stenjon, ich bin gekommen! Bei mir geht's schnell — eins, zwei, drei ... fertig!“
„Wenn Gott, mein Gott, im ganzen Kreis leidet man sie! Und in der Stube hat sie sich auch herumgetrieben! ... Und ins Dorf ist sie bloß des Hergers wegen gekommen! ... Die Mutter hat sie verprochen. Und was sie für eine gottverfluchte Heirat hat, weiß und weißt, weiß kein einziges Haar hier.“ Die Mutter sagte es, sie haben sie in der Heirat geirret! Hat dich wohl vom Heirat verfahren lassen, du alter Mann! Gott verzeih mir, heilige Mutter Gottes!“
... Die Heirat dauerte nach Tisch. Der Himmel — niedrig, die Luft grau wie die Gräser. Auf den Hecken atmeten geräuschvoll die graubraunen Pferde, auch die Menschen atmeten laut und freudig.

Weich und glatt sind Katarinas Lippen, weich und glatt sind die Gräser. Warm die unerlöschliche Freude der Erde. Menschen schmiegen sich an die Erde, sommerlich sind ihre hiegelamen, fruchtbaren Glieder.
„Katarina!“ ... „Liebster, du ...“
Und ihre Zähne kammten seinen nach reifen Bäumen duftenden Bart, und ihre Zähne graben sich tief und schmerzhaft in seine Seele.
„Katarina!“ ...
(... Worte, ihr Worte — reise Frucht! Lippen, ihr Lippen, wie seid ihr warm, von Leben durchglüht! ... Gräser, ihr Gräser — wie habt ihr die Seele umspinnen, ihr, die ihr doch selbst meine Seele seid! ...)
... Er warf sich zurück, müde und heiß. Er blühte in den niedrigen Himmel, den grünen und warmen.
Und darunter — die Erde grün und warm.
Sich aus den Gräsern entwirrend, sagt er dann:
„Eineinhalb Minuten müssen wir haben ... Menschen glauben — das weiß niemand ...“
Mit bebäuglicher, in die Seele blidender Stimme sagte Katarina Marimowna:
„Eineinhalb Minuten? ... Was brauchst du für einen Glauben außer der Liebe?“ ... IV.
Beim Sonnenuntergang flogen leichtschwebend ... hühner zum Hof.
„Schritt ... Schritt ...“
Am Wasser entlang verharren sie eine Weile regungslos. Die kleinen Federn auf den emporgestreckten Halsen zuckten leise, und unruhig horchte ihr grünliches Auge.
Emelnow ziffte und warf einen Stein. Dieser traf das Rehuhn am Flügel, wandte hüpfte der Vogel ins Dickicht.
„Vorbei!“ fragte Nikitin den zurückstehenden Emelnow.
„Ach, natürlich!“
Emelnow sank nieder, den Kopf dicht am Feuer, und sagte flüchtig:
„Wenn man bloß was zu rauchen hätte, alles andere ist mir gleichgültig. Mögen sie mir das Fell vom Reibe ziehen!“
Nikitin reckte die letzten breiten Zähne aufeinander. Lang und hart stand er da, den schmutzigen Mantel auf dem nackten Körper. Seine Haut war versteinert, von Mühen verholzt, braun gebrannt.
(Schluß folgt.)

Arbeiter! Ungeheilte! Beamte!

Vor zehn Jahren brach der Sturm des Weltkrieges los. Am 4. August werden es 10 Jahre, daß die Arbeiter Europas von der herrschenden Klasse, einer kleinen Clique von Ausbeutern, auf die Schlachtfelder getrieben wurden.

Nur für die kapitalistischen Interessen! Nur für den Profit der Industriellen und Junker! Nur für die Beherrschung neuer Absatzmärkte! Nur für die Verwirklichung der Pläne der imperialistischen Räuber!

Millionen wurden auf den Schlachtfeldern getötet. Millionen Krüppel gemacht.

Arbeiter! Erinnert Euch dessen, denkt daran! Denkt auch in diesen Wochen und Tagen, denkt jede Stunde an den heillosen Verrat, der an Euch von denen begangen worden ist, die an der Spitze der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften stehen.

Sie halfen den Kapitalisten, Euch in den Krieg zu peitschen! Sie riefen und schrieben täglich: Durchhalten! Sie kämpften mit allen Mitteln gegen die wenigen Führer, die Euch und dem Internationalen Proletariat die Treue hielten.

Während Ihr auf den Schlachtfeldern geblutet habt, Eure Familien zu Hause hungerten, Eure wirklichen Führer ins Gefängnis geworfen wurden, führten die Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die Scheidemann, David und Ebert in den Automobilen des Generalstabs spazieren, führten die wilhelminischen Generale ihr „Selbstbesein“ in der Etappe. Der Krieg brachte den Bankrott des reformistischen Sozialismus, die Parteien der 2. Internationale wurden die besten Führer der Bourgeoisie.

Aber gleichzeitig wurden die Grundlagen für die Internationale der Arbeiter in allen Ländern gelegt. Lenin, der große Revolutionär und geniale Führer, stellte die Parole auf:

Berwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg!

In Deutschland erhob die Gruppe „Spartakus“ das Banner des revolutionären Kampfes. Nach jahrelangem Warten erhob sich die Arbeiterklasse in Rußland. Als erste lehrte sie die Waffen gegen die eigene Bourgeoisie und schlug sie nieder. Aus dem Weltkrieg entwickelte sich die Weltrevolution.

Das deutsche Proletariat begann nach der militärischen Niederlage den Weg der russischen Arbeiter zu beschreiten. Aber wieder fielen uns die schurkischen sozialdemokratischen Führer in den Rücken.

Die Sozialdemokratie organisierte die ersten weißen Garden! Sie organisierte den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse! Sie führte pazifistische Phrasen im Munde!

Sie organisierte die Morde gegen Spartakus! Ihr No-Ste gab den weißen Offizieren das Recht, Arbeiter standrechtlich zu erschießen. 15 000 Proletarier erlitten den Heldentod auf den Barrakaden oder wurden von Roskes Werkzeu gen nach der Gefangennahme niedergemacht.

Die sozialdemokratischen Führer, vom Blut der Arbeiter tiefend, gebärdeten sich jetzt pazifistisch. Sie gaulen dem Proletariat vor, daß das Sachverständigen Gutachten eine neue Aera einleitet. Aber das deutsche Proletariat weiß, dieses Gutachten der internationalen Räuber bedeutet die Kolonialisierung Deutschlands, die Schließung der Betriebe, wahnwitzige Steuern, Beamtenabbau, Hungerlöhne und 10 bis 12-Stundentag!

Eine Bande von Kommissaren soll die deutsche Wirtschaft „regulieren“, sie wird sie strangulieren. Eine Bande deutscher Unternehmer und Bankiers wird die Kronogide der Entente kapitalisten sein. Faschistische Militärverbände, Schupo und Reichwehr stehen bereit, um die deutschen Arbeiter, Beamten und Kleinbauern niederzuhalten, wenn sie sich gegen die Verflawung zur Wehr setzen.

Seit 1918 bemüht sich die Bourgeoisie, ihre Gegenläge „auszugleichen“, sich gegen die drohende Revolution zu vereinigen. Das Resultat der zehnjährigen Bemühungen durch Krieg, Sanktionen und „Verhandlungen“ die Krise der kapitalistischen Gesellschaft zu lösen, liegt vor uns. Es besteht in dem wirklichen Zerfall Europas, der Unterjochung nationaler Minderheiten, in der Anwendung des Terrors gegen die Arbeiterklasse, der Vernichtung aller Errungenschaften früherer Jahrzehnte, der Vorbereitung neuer Kriege durch gesteigerte Rüstungen.

Um das Proletariat zu täuschen, wird diese Vorbereitung neuer Kriege durch pazifistische Reden bemantelt. In der „pazifistischen Aera“ stehen in Europa mehr Soldaten unter Waffen wie 1914. Nur die Furcht vor der Revolution hindert die Räuber, schon heute übereinander herzufallen. Das Proletariat muß sich entscheiden:

Entweder neue imperialistische Kriege oder revolutionärer Klassenkrieg gegen die Bourgeoisie.

Nach den Lehren des letzten Jahrzehnts, nach den Verbrechen der sozialdemokratischen Führer gibt es für jeden Arbeiter in Deutschland nur eines:

Keine Gemeinschaft mit der Partei der Arbeiterverrats! Die Reformisten „demonstrieren“ mit den imperialistischen Klassenmördern zusammen unter der heuchlerischen Parole:

Nie wieder Krieg! Die Arbeiterklasse weiß, daß im Munde dieser Leute diese Parole eine Lüge ist. Sie lehnt es ab, mit den Verrätern und Mördern ihrer Klasse unter einer imperialistischen Parole zu demonstrieren, sich noch einmal für die Bourgeoisie nutzlos zu lassen.

Das gesamte werktätige Volk Deutschlands, alle Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern marschieren am 3. August in massiven Kundgebungen unter den Parolen der Arbeiterklasse:

Für den Achtstundentag und Lohnerhöhung! Für die Arbeiterkontrolle der Produktion! Gegen Verfall und das Gutachten der „Sachverständigen“! Für die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats!

Für die Befreiung der politischen Gefangenen! Alle Betriebe müssen sich geschlossen an den Kämpfen des revolutionären Proletariats beteiligen! Alle Erwerbslosen müssen aufmarschieren!

Alle Frontkämpfer müssen sich in die Front des Klassenkampfes einreihen.

Alle Kriegsbeschädigten und Krüppel müssen durch die Macht ihres Aufmarsches die herrschende Klasse anklagen, den Haß aller Werktätigen gegen die imperialistischen Verbrecher steigern.

Millionenfach müssen die Frauen ihre Stimme mit denen der Männer vereinigen.

Die Betriebsräte müssen den Aufmarsch der Millionenmassen des Proletariats organisieren.

Wie in den anderen Ländern, so muß am 3. August auch in Deutschlands Städten der Ruf millionenfach brausen:

Nieder mit der Bourgeoisie und dem imperialistischen Krieg!

Es lebe der revolutionäre Kampf des Proletariats! Es lebe Sowjetrußland!

Es lebe die Revolution!

Das Zentralkomitee der Betriebsräte Deutschlands.

Haarmannpolizei und unser Verbot.

Zweimal haben wir in der Arbeiterzeitung die Behörden gefragt, ob es wahr sei, daß im Untersuchungsgefängnis in der Graupenstrasse Folterungen und Mißhandlungen und unerhörte Fälle der Kommunistenhetze, der Schikanierung usw. vorkämen. Wir wieser in einem Artikel „Heraus mit der Sprache!“ in Nr. 85 unserer Zeitung auf den Haarmannskandal in Hannover hin und erklärten, daß solche Zustände in der Haarmannpolizei das Vertrauen zu den Behörden nicht gerade erhöhten. Der Scheiterhaufen machte aus „Haarmannpolizei“ — „Haarmannrepublik!“ Wegen dieses Ausdrucks, der eine „Beschimpfung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform“ sei, wurde unser Organ auf eine Woche verboten.

Der Oberpräsident erklärte sich auf den Einspruch der Geschäftsleitung und der Betriebsräte zuerst bereit, das Verbot auf 3 Tage zu verkürzen, wenn wir kommentarlos den Druckfehler angäben.

Er sei mit dem Ausdruck „Haarmannpolizei“ einverstanden. Später jedoch verlangte er den Abdruck einer Erklärung, nach der wir uns verpflichten sollten, in Zukunft die edle deutsche Republik weder zu beschimpfen noch zu beleidigen, desgleichen ihre ehrliehen deutschen Minister.

Die Schlesische Arbeiter-Zeitung lehnte dieses Ansuchen ab. Nicht daß wir es nötig haben, mit Beschimpfungen und Beleidigungen die Republik und ihre Minister zu bekämpfen, die sich durch ihre Taten ohnehin immer bekämpfen. Lieber beleidigen, als es das schlimmste Hehlblatt könnte. Nein! Das Ultimatum hatte einen anderen Sinn, als eine laichliche Schreibweise von uns zu verlangen. Wir sollten gehindert werden, nicht, diese Republik zu beschimpfen, sondern gezwungen werden, Tatsachen zu unterschlagen, die dieser Republik und ihren Ministern zur Last fallen und die eine Beschimpfung der Republik und ihrer Minister sind. Unsere Schweigepflicht sollte durch dieses jämmerliche Kompromiß erlaßt werden. Der Haarmannskandal, der zum Himmel stinkt, der die schwerste Anklage ist gegen die Leiter des Staates, gegen den Staat selbst, sollte totgeschwiegen und verfallt werden, sowie es von Seiten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse geschieht.

Aber der kommunistische Redakteur ist kein käuflicher Soldschreiber der Bourgeoisie. Und wenn wir für acht Tage zum Schweigen verurteilt werden, so redet dieses erzwungene Schweigen deutlicher als alles andere von der Schande dieses Staates, der seine Skandalaffären vertuschen will.

Der Herr Oberpräsident erklärte sich mit dem Ausdruck „Haarmannpolizei“ einverstanden. Seine Meinung ist also:

Wir haben keine Haarmannrepublik, wir haben „nur“ eine Haarmannpolizei.

Der Herr Oberpräsident gibt mit dem Ausdruck Haarmannpolizei zu, daß Haarmann nicht ein Einzelfall ist, sondern, daß die gesamte Polizei, das ganze Polizeiwesen, die Verantwortung und die Schuld an ihrem Haarmann trägt, daß Haarmann charakteristisch für unsere ganze Polizei ist.

Wir fragen Sie, Herr Oberpräsident:

Wenn die deutsche Polizei für ihren Haarmann verantwortlich ist, ist nicht die deutsche Republik verantwortlich für ihre Polizei?

Kann die Republik diesen Schandfleck von ihrem schwarzrot-goldenen Banner fortwischen?

Ist dieser Haarmannskump nicht der Stumpf des deutschen Staates?

Herr Oberpräsident, Sie erklären, die Republik ist für Haarmann nicht verantwortlich. Wir fragen Sie:

Wer ist verantwortlich für die Haarmannliste?

Der Polizeipräsident von Hannover Bederath! Wer ist verantwortlich für Bederath?

Der Oberpräsident von Hannover, Sozialdemokrat Noske! Wer ist verantwortlich für Noske?

Der preussische Innenminister, Sozialdemokrat Severing! Wer ist verantwortlich für Severing?

Die deutsche Reichs-Regierung! Die deutsche Republik! Hier helfen Ihnen keine Sophistenkunststücke, Herr Oberpräsident! Hier hilft kein Verbot unserer Zeitung! Hier hilft keine Schikane der Polizei! Hier helfen keine Kontrolle und Ueberwachung der Massenproletktoerfassungen der Breslauer Arbeiterkassette, in denen das Volk das Todesurteil nicht nur gegen Haarmann, sondern gegen keine Vorgesetzten, gegen das ganze System, gegen die deutsche Republik fällt.

Nicht der Ausbruch Haarmannrepublik ist eine Beschimpfung

der Republik, sondern die Tatsache, daß ein 41facher Luftmörder und Wenzelschnecker 5 Jahre lang Beamter dieser Republik sein konnte.

Nicht die Arbeiterzeitung beleidigte die Republik, sondern die Republik beleidigte sich selber, indem sie einen solchen Verbrecher anstellte, bezahlte und bedeckte.

Ungeheure Wogen der Erregung bis tief hinein in die Kreise des Bürgertums hat der Haarmannskandal im ganzen Reich und ganz besonders in Hannover hervorgerufen. Unter dem Druck der erregten Massen, die eine Ausrodung des ganzen Spießbürgertums verlangen, unterstützt einzig und allein von der SPD, sind jetzt vier Haarmannpolizisten ihres Dienstes entkoben worden.

Das ist ein erster Erfolg der Arbeiter, aber erst ein Anfangserfolg. Wir dürfen nicht ruhen, bis die ganze Kloake ausgeräumt und die Polizei zu einem proletarischen Organ geworden ist, das solche Skandalaffären in Zukunft unmöglich macht.

Was geht in der Graupe vor? Berichtigung statt Antwort — Strafverfolgung der Zeugen — „Geheimblindelei“

Zweimal haben wir in der Arbeiterzeitung auf die Vorgänge im Untersuchungsgefängnis hingewiesen. Ungeheuerliche Vorfälle des Darreichens von stinkem Essen, von Mißhandlungen, von Amtsmißbrauch des Gefängnisgeistlichen waren uns gemeldet worden.

Wie nicht anders zu erwarten, schwieg die gesamte Breslauer bürgerliche und sozialdemokratische Journalistik. Die Gefängnis-Kontrollkommission mit Herrn Darsz an der Spitze, bestehend aus Sozialdemokraten, weigerte sich, die Fälle zu untersuchen.

Nur die Gefängnisverwaltung rührte sich. Sie eröffnete ein Verfahren gegen unseren Gewährsmann, einen politischen Gefangenen, vermied es aber, eine objektive, unparteiische Prüfung der Verhältnisse der Anstalt vorzunehmen. Das wundert uns nicht in einem Staat, in dem ein Haarmann 5 Jahre lang polizeilicher Beamter sein konnte.

Nun hat die Verwaltung (sie ist bei Meldung von Mißständen sehr scharf, wenn auch nicht gegen die Beamten, so doch gegen die Gefangenen) ein Verfahren wegen Geheimblindelei gegen die politischen Gefangenen der Anstalt eingeleitet. Unsere Genossen wurden in Arrest gesteckt, damit sie dort über die Segnungen der freien, demokratischen Republik nachsinnen können.

So selbstherrlich die Behörden jede Untersuchung und Aufdeckung von Mißständen ablehnen, so beharrlich und — sagen wir: lähn sind sie im Zustellen von sogenannten „Berichtigungen“. Der Präsident des Strafvolkzugsamtes ersucht uns gemäß Paragraph 11 des Reichspressegesetzes um Aufnahme einer Berichtigung. Zwar sind wir zum Abdruck nicht verpflichtet, da wir keine Behauptungen aufgestellt, sondern einige Fragen an die Behörden gerichtet und eine sofortige neutrale Untersuchung und Antwort verlangt hatten. Trotzdem drücken wir das Schreiben des Präsidenten ab.

Es ist unwahr, daß das Essen der Gefangenen aus verfaulten Kartoffeln besteht, von weitem stinkt und ekelhaft riecht, im Gegenteil, das Essen ist gut und schmackhaft zubereitet. Es ist unwahr, daß die Predigten des Seelsorgers eine einzige üble Kommunistenhetze sind. Die Politik ist niemals Gegenstand der Predigt. Der katholische Stra-

anstaltsparrer hat lediglich allgemein auf die hergebrachten Verurtheile, den Himmel auf Erden zu schaffen, hingewiesen. Es ist unwahr, daß die Gefangenen gemißhandelt und gefoltert werden und daß ihnen die Arme herumgedreht werden, bis sie vor furchtbaren Schmerzen aufschreien. Die Fesselung erfolgt nur in den vorgeschriebenen Fällen, nämlich nach einem Selbstmordversuch, einem Fluchtversuch oder bei Gewalttaten gegen Personen oder Sachen, sofern sie unerlässlich ist, die Wiederholung solcher Sachen zu verhindern. Briefe von Gefangenen werden nur dann nicht abgeschickt, wenn ihr Inhalt beleidigend ist, den Anstand gröblich verlehrt oder geeignet ist, die Ordnung und Sicherheit der Anstalt zu stören.

Diese „Berichtigung“ ist ein verkauliertes Eingeständnis der Richtigkeit unserer Angaben. Die Rede des Gefängniswärters von den „vergeblichen Versuchen, den Himmel auf Erden zu schaffen“, ist nur eine andere Formulierung seiner maßlosen Volkshemmnisse in der Gefängnis-Kirche. Die Angabe, daß die Fesselung nur bei Selbstmordversuch, Fluchtversuch oder Gewalttaten gegen Personen oder Sachen erfolgt, ist ein Eingeständnis, daß Fesselungen gen erfolgt sind. Diese Fesselungen wurden in einer äußerst rohen und gewalttätigen Form vorgenommen. Darüber, wann der Brief eines Gefangenen „den Anstand gröblich verlehrt“ und deshalb zurückgehalten werden muß, mit diesen reaktionären Herren zu diskutieren erübrigt sich. Daß mehrfach im Essen verfaulte und erfrorene Kartoffeln herumgeschwommen, so daß es ungenießbar ist, wird jeder Gefangene bestätigen.

Wenn der Strafvolkzugspräsident die Verhältnisse in der wir ihm nur, er möge einige Jahre keinen Aufenthalt in der Graupe für so angenehm und befriedigend ansehen, so wünschen Graupe nehmen, dort das „schmackhafte und gute Essen“ genießen, die „unpolitischen“ Predigten sich anhören und verabschiedliche Fesselungen am eigenen Körper erleben.

Die Breslauer Arbeiterkassette jedoch kann sich mit einer solchen klenklichen „Berichtigung“ nicht zufrieden geben. Sie verlangt eine sofortige Prüfung der Zustände in der Graupe. Sie verlangt die Befreiung etwaiger künftiger Beamter. Sie verlangt die Freilassung aller politischen Gefangenen. Heraus mit unseren Brüdern, die für uns gekämpft und gekämpft haben!

Wirtschaftliche Rundschau

Der Schwindel mit dem Existenzminimum.

Der Begriff „Existenzminimum“ war vor dem Kriege der breiten Masse ganz unbekannt. Es beschäftigten sich mit ihm nur Berufswirtschaftler, Ernährungspolitiker und Aerzte. Durch die Rationierung der Nahrungsmittel im Krieg und die Entwertung des Geldes bekam jedoch der Begriff „Existenzminimum“ eine immer stärkere, ja zeitweilig das Leben des weitesten Teiles der Bevölkerung beherrschende Bedeutung, die auch jetzt nach der „Stabilisierung“ noch anhält. Unter „Existenzminimum“ versteht man die Summe von Geld, die erforderlich ist, um die notwendigen Ausgaben für Nahrungsmittel, Kleidungsgegenstände, Wohnung, Heizung, Steuern, Fahrgeld usw. bestreiten zu können, wobei es gleichgültig ist, ob man einen Tag, eine Woche, einen Monat oder ein Jahr als Zeitabschnitt berechnet. Gewöhnlich wird jedoch die Summe auf eine Woche berechnet, einmal um die dauernd eintretende Änderung zu erfassen und zum anderen einen Vergleichsmaßstab zu den Wochenlöhnen zu bekommen. Schon diese Tatsache weist darauf hin, daß die Höhe des Existenzminimums bei den Lohnverhandlungen eine sehr große Rolle spielt, und daß Unternehmer wie Proletarier ein gleich großes, allerdings von verschiedenen Polen ausgehendes Interesse an der Festsetzung des Existenzminimums haben.

Es beschäftigen sich in Deutschland eine ganze Reihe von amtlichen wie privaten statistischen Zentralstellen mit der Festsetzung des Existenzminimums. Die beiden wichtigsten Stellen sind das Statistische Reichsamt, das wöchentlich die Reichsindexziffer herausgibt, und die private Stelle von Dr. R. Kuczinski. Wir wollen uns zunächst mit Kuczinski beschäftigen, weil er als Sozialdemokrat bekannt ist, sogar früher Mitglied der Unabhängigen Partei war, und weil seine Zahlen, d. h. das von ihm wöchentlich festgestellte Existenzminimum nicht nur in der gesamten Gewerkschafts- und SPD-Presse, sondern auch in immer stärkerem Maße von dem Unternehmertum benutzt und bei Lohnverhandlungen herangezogen wird. Um es gleich von vornherein zu sagen: die Unternehmer benutzen deshalb die Zahlen von Kuczinski, weil sie seit einer Reihe von Monaten bedeutend niedriger sind als die Reichsindexziffern, und weil es für sie bei Lohnverhandlungen außerordentlich nützlich ist, wenn sie bei ihrem Bestreben, die Löhne herabzusetzen oder Lohnerhöhungen zu verweigern, auf die Berechnungen des „Sozialisten“ Kuczinski als eines gewiß nicht unternehmerfreundlichen Kronzeugen hinweisen können.

Wie errechnet Kuczinski das Existenzminimum? Er geht nicht von den allgemein üblichen Formen der Ernährung, Kleidung und der Wohnungsverhältnisse aus, sondern von rein theoretischen Begriffen. Bei der Ernährung z. B. basiert seine Berechnung lediglich auf den notwendigen Kalorien, die ein Mensch zum Leben braucht, und er nimmt dann ohne Rücksicht auf Wohlgeschmack, Verdaulichkeit usw. einfach eine bestimmte Menge verschiedener Nahrungsmittel, bis der angenommene Kaloriengehalt erreicht ist. So kommt er dann zu einer Lebensmittelberechnung, die sich bei einem Kind lediglich auf Brot, Roggenmehl, Graupen, Kartoffeln, Gemüse, Margarine, Zucker und (pro Woche ein Liter) Milch beschränkt. Bei einer erwachsenen Person rechnet er außerdem noch Haferflocken, Speck, Erbsen, Reis und Gefrierfleisch hinzu. Man sieht: Eier, Butter, frisches Fleisch fehlen ganz, von Kaffee, Tee, Obst oder gar Bier ganz zu schweigen.

Ist schon diese Ernährungsliste nach dem Gefängnis- oder Zuchthauschema festgesetzt, so ist die Festlegung der Zahlen für Bekleidungsgegenstände, Wohnung und die sonstigen Ausgaben für Steuer, Fahrgeld usw. noch viel willkürlicher. Herr Kuczinski nimmt einfach willkürliche Prozentziffern an oder errechnet die Ausgaben für Wohnung nur nach den gesetzlichen Bestimmungen Berlins der Mietziffern, ohne dabei zu berücksichtigen, wie es in der Praxis ist. So rechnet er als Wohnung für eine Familie mit zwei Kindern eine Stube und Küche, für den einzelnen Mann eine Stube und setzt dafür durchweg 2,35 M. Miete für die Woche an, obwohl jedes Kind weiß, daß beispielsweise ein alleinstehender Mann oder Frau heute unter 5.— M. überhaupt kein Zimmer bekommt. Wie auch von ihm die heute sehr hohen Abgaben für Hauskosten gar nicht berücksichtigt werden. Die größte Unverantwortlichkeit begeht er bei der Berechnung für Kleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schutzwirk, Kleidern und Wäsche. Ohne näher anzugeben, wie er zu den Zahlen kommt, rechnet er für einen Mann pro Woche 2,35 M., eine Frau 1,55 M., ein Kind 0,89 M., die dem entsprechenden und von K. selbst angegebenen Zahlen von 1913 sind 1,50, 1,65 und 0,55 M. Somit stellt Herr Kuczinski fest, daß heute die Kleidungsgegenstände billiger als 1913 sind. Ein bezahlter Unternehmersoldat könnte wirklich keine bessere Rechnung aufstellen. Jedes Kind weiß, daß heute die Kleidungsgegenstände 50 und 100 Prozent mehr kosten als vor dem Krieg.

Nach dieser Methode kommt K. zu folgenden Gesamtergebnissen:

	Wöchentliches Existenzminimum für Groß-Berlin (Ende Juni 1924):		
	Ein Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	4,40 M.	7,81 M.	11,55 M.
Wohnung	2,85	2,85	2,85
Heizung	2,69	2,69	2,69
Bekleidung	2,20	3,65	5,15
Sonstiges	3,04	4,25	5,56
Summe	15,18 M.	21,25 M.	27,80 M.
Nach Kuczinski 1913	16,75 M.	22,30 M.	28,80 M.

Man sieht: Kuczinski bringt das Unmögliche fertig, er „rechnet“ sogar, daß heute die Lebenshaltung weniger in Reichsmark kostet als 1913 in Goldmark, obwohl selbst der Reichsbankpräsident Schacht festgesetzt hat, daß heute die Reichsmark kaum 60 Prozent des Kaufwertes der Goldmark von 1913 hat. Wäre Kuczinski gewissenhaft, dann müßte er, selbst wenn er die Zuchthauskosten zur Grundlage seiner Ernährungsabelle macht, ein Existenzminimum herausbringen, das um zwei Drittel höher wäre als das von 1913, oder mit seinen Zahlen berechnet, für einen einzelnen Mann pro Woche 27,91 M. für ein Ehepaar pro Woche . . . 34,16 M. für ein Ehepaar mit 2 Kindern pr. W. 48.—

Daß diese auf Grund der Angaben von Schacht errechneten Zahlen für das Existenzminimum nicht zu hoch, sondern eher zu niedrig sind, wird jeder bestätigen, der auch nur halbwegs eine Ahnung hat von den unbedingt notwendigen Ausgaben für die Lebenshaltung. Sie sind gemessen an dem Verhältnis zu 1914, schon deshalb zu niedrig, weil eine ganze Reihe von Aus-

gaben für den Arbeiter um viel mehr als 66 Prozent gestiegen sind; beispielsweise zahlen die Arbeiter an Steuern heute mindestens das Fünf- bis Sechsfache wie vor dem Krieg.

Der offensichtliche Schwindel, der in den Zahlen von Kuczinski zum Ausdruck kommt, wird noch bestätigt durch die amtlichen Zahlen des Statistischen Reichsamts. Denn die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten, Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung beläuft sich laut offizieller Meldung des Statistischen Reichsamts für Mittwoch, den 9. Juli auf das 1,19-Billionenfache der Vorkriegszeit. Da eine Billion gleich einer Rentenmark ist, so sind nach dieser amtlichen Ziffer die Lebenshaltungskosten am 9. Juli 1,19 mal höher als im Juli-August 1914. An dem obigen Beispiel (errechnet nach den Angaben von Schacht) ist ersichtlich, daß auch die Zahlen des Reichsamts viel zu niedrig sind, jedoch ist es bezeichnend, daß die offiziellen Zahlen einer rein kapitalistischen Regierung um etwa 25 Prozent höher sind, als die eines Sozialdemokraten. Um den Unterschied klar vor Augen zu führen, stellen wir die Zahlen von Kuczinski und die des Reichsamts nebeneinander. (Diese sind errechnet, indem wir die Ziffern von 1914 mit der Zahl 1,19 multipliziert haben.)

Lebenshaltungskosten pro Woche:	Kuczinski	Reichsindex
1 Mann	15,18 M.	19,93 M.
Ehepaar	21,20 „	26,54 „
Familie mit 2 Kindern	27,80 „	33,27 „

Glossen zur Wirtschaftskrise.

Die „Gesundungskrise“.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland entwickelt sich mit einer fast klassischen Planmäßigkeit. Auf den traditionellen Prolog der Krise, die Geldknappheit, folgt nunmehr eine allgemeine industrielle Stockung, ausgehend von der leichten Industrie, schlägt die Welle der Krise auf die Schwerindustrie über.

Die Betriebsstillegungen.

Die in der Textilindustrie begonnen haben, treffen nunmehr auch die Maschinenindustrie und den Bergbau. Nichts ist falscher, als in dem Ablauen der Geldknappheit, dem Fallen der Zinssätze das Ende der Krise zu sehen. War die Geldkrise nur eine Widerspiegelung der Absatzstockung, so ist die heutige Geldknappheit hervorgerufen durch die Schwierigkeit der Anlagen, durch die Stockung in der Produktion.

Aber die jetzige Krise in Deutschland trägt ihre besonderen Züge. Denn die Konjunktur, auf die sie folgt, die Geldentwertungskonjunktur, war eine ganz besondere Konjunktur. War die Geldentwertung ein Zeichen des kapitalistischen Verfalls, so ist es die heutige Krise um so mehr. Und nichts ist blödsinniger, als das Wort von der „Gesundungskrise“, mit der die Leichter der bürgerlichen Oekonomie und ihre sozialdemokratischen Nachbeter die Orgie der kapitalistischen Anarchie beschönigen, die sich vor unseren Augen abspielt.

Die Geldentwertungskonjunktur beruhte nicht, wie die normale Konjunktur des normalen Kapitalismus, auf einer Erweiterung und Verbesserung des Produktionsapparates, sondern ausschließlich auf der

weitestgehenden Aushungerung der lebendigen Arbeitskraft, ihrer Bezahlung unter ihrem Wert bei einer gleichzeitigen Stagnation, ja Verlotterung des technischen Apparates der Produktion. Sie war begleitet von einer steigenden Vernichtung des Geldkapitals in Deutschland, seiner Maskierung als ausländisches Kapital in Form der Kapitalflucht. So bahnte sich die ökonomische Abhängigkeit Deutschlands vom ausländischen Kapital an.

Nach dieser Konjunktur des Verfalls stehen dem deutschen Kapitalismus auch die normalen Wege zur Ueberwindung der Krise nicht offen. Eine so weitgehende Verbesserung des Produktionsapparates, daß er dadurch seine Konkurrenzfähigkeit wiedererlangt, ist nach der vorangegangenen Geldentwertungswirtschaft unmöglich, sowohl wegen seiner technischen Rückständigkeit, wie auch wegen seiner Abhängigkeit in Gelddingen vom Ausland. Es bleibt ihm nur Weg übrig:

Deutschland in eine industrielle Kolonie des Weltkapitals zu verwandeln.

wobei der deutsche Kapitalist die Rolle des Schwitzmeisters spielt, der die Existenzbedingungen des Arbeiters soweit herabdrückt, daß der Profit für beide, den in- und ausländischen Ausbeuter, gesichert ist. Einige Kreditverträge der deutschen Kali- und anderer Industrien sind ein Zeichen dieser Entwicklung: die Verfügung über das Produkt geht vollkommen in die Hand des ausländischen Geldgebers über; der deutsche Kapitalist ist auf die Rolle des Zwischenmeisters, des Salvenanziehers der Dollar-papiermasse der Masse in Deutschland, wie sich ein bürgerlicher Nationalökonom, Harms, ausdrückt, wie auch die Regulierung der Produktion in Deutschland nach den Geschäfts- und Konkurrenzverhältnissen seiner ausländischen Herren, bedeutet die wirtschaftliche Stagnation, die Stilllegung ganzer Industriezweige ein ständiges Millionenheer von Arbeitslosen.

Der Sachverständigenplan soll diese Art kapitalistischer „Gesundung“ nach der Krise einleiten.

Die Krise als Mißverständnis.

Nach der ökonomischen Theorie des „Vorwärts“ ist die ganze heutige Wirtschaftskrise offenbar nur ein Mißverständnis. Die sozialdemokratische Weisheit lehrt, daß die kapitalistische Produktion vor allem dem inneren Konsum, der Konsumtion durch die Arbeiter dient. Wenn die Preise abgebaut werden, ist das innere Gleichgewicht hergestellt und alles wieder in Butter.

Diese Theorie dient vor allem dazu, die Arbeiter für die Schwindelparade des Preisabbaus einzufangen und ihnen mit dieser Parole weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Löhne schmackhaft zu machen.

Das sind ganz gewaltige Unterschiede, die bei den geringen Löhnen der Arbeiter, Beamten und Angestellten schwer ins Gewicht fallen. Es ist uns unbekannt, wie Kuczinski zu diesen Zahlen kommt und was ihn verleitet, derartig nützliche Arbeit für das Kapital zu leisten. Würde er von diesem extra dazu bestellt und bezahlt, dann könnte er es wirklich nicht besser machen.

Wir hielten es für notwendig, auf diese Dinge einmal näher einzugehen, um zu beweisen, welcher Betrug mit dem Existenzminimum getrieben wird. Ob dies absichtlich oder ungewollt gemacht wird, ist gleichgültig; Tatsache ist jedoch, daß den Arbeitern und Beamten bei ihren Forderungen auf Lohnerhöhung von Unternehmern und Regierungsvertretern immer die Zahlen des Existenzminimums entgegengehalten werden. An Hand unserer hier gegebenen Darstellungen wird es Betriebsräten und Unterhändlern bei Lohnverhandlungen leichter sein, diesen Schwindelzahlen entgegenzutreten und die Berechtigung für Lohnerhöhungen zu begründen. Im übrigen möchten wir unsere Genossen, die Parteipresse, wie auch die übrigen sogenannten Arbeiter- und Gewerkschaftsblätter warnen, die Zahlen von Kuczinski kritiklos zu veröffentlichen.

Die Naphthaproduktion in Grosny hat die der Vorkriegszeit überschritten und in Baku zwei Drittel der Vorkriegszeit erreicht. Die gesamte Naphthaausbeute der Sowetunion wird im laufenden Jahr 375 Millionen Pud betragen; für das Geschäftsjahr 1924/1925 sind 415 Millionen Pud vorgesehen. Aus diesem Grunde hat die Staatsbank es für notwendig gehalten, den Naphthalexport, der im laufenden Jahre 50 Millionen Pud betrug, zu verdoppeln.

Da die wirklichen Vorgänge aber sich nicht nach der Theorie der Sozialdemokraten richten, da es einen Kapitalismus, der auf der Produktion für den Bedarf der Arbeiterklasse aufgebaut ist, nicht gibt und nicht geben kann, da die deutschen Kapitalisten vor allem nicht für den inneren Konsum, sondern für den Weltmarkt produzieren, so zeigt es sich, daß der Preisabbau ihrer Produkte für den Weltmarkt begleitet ist von einer Verschlechterung der Lage der Arbeiter, von einer Verringerung ihrer Konsumtionsfähigkeit.

Der Preisabbau beginnt mit Schutzzöllen.

die dem Arbeiter den Brotkorb höher hängen, mit einer neuen Offensive des Lohnabbaues.

Die Lehre ist, daß die Produktion, solange die Kapitalisten sie leiten, nie dem Konsum der breiten Massen dienen wird, daß das nur geschehen kann, wenn die Arbeiterschaft sie selbst in die Hand nimmt.

Die Wirtschaftskrise, die wachsende Massenarbeitslosigkeit (Tausende und aber Tausende fliegen auf die Straße. Allein die letzten Tage bringen Meldungen von Betriebsstillegungen und Kurzarbeit bei Krupp in Essen, in der Mannheimer Maschinenindustrie, bei Linke-Holmann in Breslau, wo 3000 Arbeiter entlassen werden, in zahlreichen Zechen des Ruhrgebiets), die Teuerung macht den

Kampf um die Kontrolle der Produktion

zur aktuellsten Aufgabe der Arbeiterschaft. Nur wenn die Organe der Arbeiterschaft die Produktion und Verteilung nach den Bedürfnissen der breiten Massen in die Hand nehmen, werden die breiten Massen einen wirklichen Preisabbau zu spüren bekommen.

Die Finanzkrise.

Ein weiteres Symptom der Krise und der Unfähigkeit des Kapitalismus, sie zu überwinden, ist

die Krise der deutschen Finanzen.

Obwohl die deutschen Behörden und Minister laut Verordnung von Ebert stets die Wahrheit sprechen, ist die deutsche Finanzwirtschaft, oder was darüber in die Öffentlichkeit gelangt, in dieser Beziehung ein sehr heikles Gebiet. Bald heißt es von Ueberschüssen, bald wird über ein Defizit geredet. Was ist die Wahrheit?

Allerdings hat jetzt, zum Unterschied von der Zeit der Geldentwertung, die Regierung

bares Geld in den Kassen.

Und es mögen auch wohl kassenmäßige Ueberschüsse vorhanden sein. Aber diese Kassenüberschüsse sind nur dank einer Deflation der Wirtschaft entstanden, die ganz Schule Hefferich-Havemann ist. Die Einnahmen bleiben ständig hinter den Ausgaben zurück. Die schwebende Schuld beträgt über 200 Millionen Goldmark, aufgenommen durch ungedeckte Schatzwechsel nach berühmten Mustern. Wohin das führt, ist klar. Der letzte Juniansweis der Reichsbank weist eine

Vermehrung des Notenumlaufs

um über 400 Millionen Goldmark auf. Dieser neue Anlauf der Notenpresse ist entstanden hauptsächlich dadurch, daß das Reich seine Guthaben bei der Reichsbank abgehoben hat. Da wir nicht annehmen, daß Finanzminister Luther mit dem Geld des Reiches an der Börse spekuliert, so bleibt nur die Vermutung übrig, daß das Defizit des Reichs viel größer ist, als es ausgewiesen wird, so daß bereits jetzt wieder die Notenpresse in Gang gesetzt wird. Luther hat selbst erklärt, daß er bis Oktober auch mit einem Kasendefizit rechnet.

Die Wirtschaftskrise bringt eine Verringerung der Steuererträge. Die Abschaffung der Umsatzsteuer schafft ein weiteres Loch in den Finanzen. Die Schutzzölle werden dieses Loch nicht stopfen, weil sie dank dem System der Einfuhrschemine in die Taschen der Junker zurückfließen. Den Weg der Besitzlosen wird diese Regierung der großkapitalistischen Diktatur natürlich nicht gehen, und sie denkt auch nicht daran.

So bleibt die Finanzkrise des kapitalistischen Deutschlands ausweglos, wenn nicht die Uebertragung der Finanzhoheit an die jungen Leute Morgans, die Finanzkontrolle auf Grund des Dawes-Planes ein Ausweg sein soll.

Aber da hat die deutsche Arbeiterschaft noch ein Wort mitzusprechen.

Gewerkschaft.

Resolution des Zentralausschusses der A.P.D. zur Gewerkschaftsfrage.

Der 5. Weltkongress hat die Sektionen der Kommintern mit Ernst und Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Arbeit in den Gewerkschaften mit allen Kräften zu verstärken. Der Zentralausschuss stimmt dieser Auffassung des Weltkongresses in voller Ueberzeugung zu. Er begründet, daß der Weltkongress in der Frage der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften eine klare einseitige Linie festgelegt hat.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer des A.D.G.B. gehen mit vermehrter Energie gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften vor, um die Verbände von jeder Opposition zu reinigen und sie so völlig in den Dienst der Erfüllungspolitik, der Durchführung des Sachverständigengutachtens stellen zu können. Die Kommunisten, die die Arbeiterklasse gegen das Sachverständigengutachten, dem ärgsten Raubplan der Entente-Kapitalisten mobilisieren, müssen durch ihre aktive gesteigerte Arbeit in den Gewerkschaften die Pläne der konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie zunichte machen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die einheitlich geschlossene Aufnahme des Kampfes

zur Wiedereroberung des Achtstundentages, für Lohnerhöhungen, gegen die Stilllegung von Betrieben, gegen die Ausplünderung der beschlossenen Massen, zum Sturz des Kapitalismus gewinnen.

Der Zentralausschuss verpflichtet die gesamte Parteimitgliedschaft, gerade wegen der schändlichen Politik der A.D.G.B.-Führer, die seit dem Frankfurter Parteitag wieder verstoßen aufgenommene Arbeit in den Gewerkschaften noch mehr zu steigern. Er beauftragt die Zentrale, auf Grund der Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und der Beschlüsse des 5. Weltkongresses eingehende Richtlinien für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften herauszugeben, und zwar für die Arbeit sowohl in den „freien“ Gewerkschaften, wie in den selbständigen Bürgerkriegsverbänden. Zugleich wird die Zentrale beauftragt, nach Abschluß der Internationalen Woche („Gegen den Krieg, für den Frieden“) eine Reichskonferenz für die Gewerkschaftsfunktionäre zu veranstalten. Zugleich wird die Zentrale beauftragt, nach Abschluß der Internationalen Woche („Gegen den Krieg, für den Frieden“) eine Reichskonferenz für die Gewerkschaftsfunktionäre zu veranstalten.

II.

Sowie der Zentralausschuss die Haltung der deutschen Delegation an der Gewerkschaftsfrage grundsätzlich billigt, so unterstreicht er dabei die schweren Bedenken und Warnungen, die von der deutschen Delegation gegen den vorgeschlagenen Schritt in der Frage der internationalen Einigung mit den Amsterdamer (Herbeiführung eines Einigungskongresses durch Spitzenverhandlungen) vorgetragen worden sind. Die Anforderungen der englischen Gewerkschaftslinien, die dem ehrlichen Drängen englischer Arbeiter entspringen, eine Vereinigung der Gewerkschaften im internationalen Maßstabe vorzunehmen, kann von der A.P.D. nur so aufgenommen werden, daß zur Grundlage der Einheitsorganisation das revolutionäre Gewerkschaftsprogramm der Profintern genommen wird. Es darf keinerlei Konzessionen an opportunistische und arbeitsgemeinschaftliche Auffassungen geben, um von vornherein den Gehirnen zu begünstigen, die bei der Durchführung des vorgeschlagenen Schrittes in Form von rechten Ueberzeugungen, die auf dem Kongress mit aller Schärfe bekannt gemacht worden sind, erneut auftreten werden, und um die Mitgliedschaft in stand zu setzen, den demagogischen Verwirrungsmanövern der Sozialdemokraten mit der nötigen Klarheit und Schärfe entgegenzutreten.

Die Voraussetzungen für eine Prüfung der Frage der Internationalen Gewerkschaftseinheitsorganisation bilden Bewegungen und Aktionen der Massen selbst. Alle Bestrebungen, offene oder versteckte, die zur Liquidation der A.P.D. führen, lehnt der Zentralausschuss entschieden ab. Das Ziel der vorgeschlagenen Aktion kann nur die Vereinigung aller Arbeiterklemente, auch einschließend der sozialistischen Arbeiter auf der Grundlage der Grundzüge der A.P.D. sein. Die Aktion wird nur dann einen Erfolg zeitigen, wenn sich die Arbeitermassen auf Grund eines gemeinsamen revolutionären Aktionsprogramms für die Einigungskampagne einsetzen. Ein solches Programm ist für Deutschland augenblicklich:

Kampf für den Achtstundentag, für Lohnerhöhungen, für die Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, gegen Betriebsstilllegungen, gegen das Sachverständigengutachten; für die Wiedereinnahme sämtlicher ausgeschlossener Mitglieder, Verbände, Zastellen usw. unter der ausschließlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder, für die Anerkennung der Notwendigkeit, daß die Gewerkschaften nicht neutral sein können, sondern ihre volle Kraft in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen haben.

Die Amsterdamer Führer, die an die internationale Sozialdemokratie und deren konterrevolutionäre Politik gefesselt sind, die zugleich die Führer der 2. Internationale und die Stützen der Politik des Sachverständigengutachtens sind, die sich völlig der Bourgeoisie verschrieben haben, werden ein solches Aktionsprogramm nicht annehmen. Die linke Opposition des A.D.G.B. wird sich entscheiden müssen, ob sie mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiter, oder ob sie mit dem Proletariat gegen die Realpläne der Bourgeoisie und gegen ihre Helfershelfer kämpfen will. Es wird sich zeigen, ob die Linksabweichung der englischen Gewerkschaften zu revolutionären Aktionen vorwärts treibt oder ob ihre Führer (Cool, Purcell und Bromley) mit dem Ruf nach internationaler Einigung ein Täuschungsmanöver durchführen.

Der Zentralausschuss ist der Auffassung, daß die Kampagne für die internationale Einigung der Gewerkschaften nur als der Bourgeoisie verschrieben haben, werden ein solches Aktionsprogramm zur Stärkung der kommunistischen Reihen und zur Wiederholung ihrer Feinde führen wird. Dabei ist der Zentralausschuss sich dessen bewußt, daß die wirkliche Einigung nur in dem Maße fortzuschreiten kann, als sich die Massen in tatsächlichen Kampfe zusammenfinden. Er fordert die Partei auf, in diesem Sinne die Beschlüsse des 5. Weltkongresses durchzuführen.

Reproton zerlegt die Bauarbeiter-Internationale

Während die Baukapitalisten bemüht sind, alle Beschlüsse der Prager internationalen Konferenz der Bauunternehmer auf Beseitigung des Achtstundentages usw. durchzuführen, zerlegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsböden auf der Stockholmer internationalen Konferenz die Bauarbeiterinternationale.

Eie schlossen die tschechischen und norwegischen Bauarbeiter aus der Internationalen aus. Sie lehnten die Aufnahme der russischen Bauarbeiter in die Internationale ab.

Diese Gewerkschaftsbürokraten wollen keinen wirklichen Kampf um den Achtstundentag. Sie wollen die reformistische Führung behalten.

Die revolutionären Bauarbeiter aller Länder werden sich trotzdem nicht von ihrem Kampf um die Revolutionierung der Bauarbeitermassen abhalten lassen und die Diktatur der Bürokratie zu zerstören.

Wider die Neutralitätsfrage.

Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage. Von Otto Gabel. Herausgegeben vom Verband des Buchbinder und verwandten Berufe der papierverarbeitenden Industrie. Berlin 1924. 56 S. Preis 30 Pf.

Der Verfasser, Bevollmächtigter der Berliner Zastelle des Buchbinderverbandes, nimmend Vorsitzender der neuen oppositionellen Zastelle der Berliner Buchbinder, gibt hier ein Fund des ausführlich wiedergegebenen dokumentarischen Materials ein Bild von der Spaltung der Berliner Buchbinderzastelle durch den reformistischen Verbandsvorstand und die hinter ihm stehenden Drahtzieher des A.D.G.B. Die Broschüre geht in ihrer Bedeutung weit über den Charakter einer Spezialchrift für die Angehörigen des Buchbinderverbandes hinaus. Sie sollte von jedem aktiven Gewerkschaftler schon deshalb gelesen werden, weil die Berliner Zastelle des Buchbinderverbandes eine Art Versuchsfeld für die A.D.G.B.-Bürokratie bei ihrem verschärften Feldzug gegen die Opposition nach der Weimarer Konferenz war. Diese Praktiken des A.D.G.B. werden aber nunmehr in fast allen bedeutenden Verbänden in Deutschland angewandt. Der Verfasser beschränkt sich auch nicht etwa auf eine bloße Wiedergabe des Tatsachenmaterials, sondern stellt

Literatur-Blende!

Der Knüppel

satirische Arbeiterzeitung glossiert und prügelt

in seiner neu erschienenen Nummer geradezu glänzend

die bürgerliche Gesellschaft

und zeigt durch seine Bilder, was das Proletariat zum Sachverständigengutachten sagt.

Habt ihr schon

Vorkereigungen getroffen zur Kampagne gegen das Sachverständigengutachten?

Zum Kampf dagegen ist notwendig, daß jeder Funktionär dieses Räuberabkommens

studiert

hat. Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.

Die Vorgänge im Zusammenhang mit der politischen Rolle der deutschen Gewerkschaften, die speziell mit ihrer politischen Stellungnahme zu den aktuellen Lagefragen in Deutschland, zum Sachverständigengutachten usw. Die Broschüre ist deshalb als eine Fundgrube für dokumentarisches Beweismaterial gegen die Amsterdamer Bürokratie in der Frage der Gewerkschaftsspaltung für jeden aktiven Gewerkschaftsfunktionär unentbehrlich. Gleichzeitig ist sie eine Streiflicht, die in ihrer beweiskräftigen Aufmachung geeignet ist, die Ziele der Gewerkschaftsopposition breiteren Kreisen der uns noch fernstehenden Gewerkschaftsmittglieder verständlich zu machen.

Diese Schrift ist im Verlag des Verbandes, Berlin, Straußauer Straße 12, und in unserer Buchhandlung in Breslau zu haben.

Betrieb und Werkstatt.

Die Offensive der schlesischen Unternehmer während unserer Verbotszeit.

Linke-Sofmann Breslau hat den 2000 Arbeitern gekündigt und sie entlassen.

Das Jülicher Werk (Linke-Sofmann-Lauchhammer u. G.) in Warmbrunn hat vergangene Woche wieder 60 Arbeiter entlassen.

In Hindenburg haben mehrere Gruben Feierschichten eingeführt. Die Borligwerke und andere Hüttenbetriebe haben den Arbeitern zum 1. August gekündigt.

Die Porzellanfabrik Ohme in Niedersalzbrunn hat ihren 350 Arbeitern gekündigt und am 21. Juli den Betrieb geschlossen.

Die Porzellanfabrik Kricker in Waldenburg hat ihrer ca. 350 Mann starken Belegschaft ebenfalls gekündigt. Die 2000 Heimarbeiter in Liegnitz stehen weiter in der Aussperrung.

In Ranslau geht der Streik der Brauereiarbeiter von Galsbach weiter.

Die Aussperrung der niederschlesischen Hüttenbetriebe dauert an. Die Aussperrten bestehen auf ihren Forderungen.

Schlesische Arbeiter! Trotz der höchsten Löhne Entlassungen, trotz teilweise 9-10-Stundenarbeit Entlassungen. Schließt Euch zusammen. Bildet Kontrollausschüsse gegen die Arbeiterentlassungen. Kämpft für die Produktionskontrolle. Schließt Euch zusammen! Kämpft! Dann werden die Unternehmer auf Granit beißen.

Methner & Frahn, Oberleppersdorf (Der Direktor hält Betriebsversammlungen ab).

Hier fand vor kurzem eine Betriebsversammlung statt, in der Stellung zur Arbeitszeit genommen wurde. Von der Direktion war vorgelesen, fünf Tage mit 9 Stunden zu arbeiten. Die Betriebsversammlung stimmte für den Achtstundentag und 5 Stunden Sonnabends. Darauf hielt Direktor Schütz eine Berlammlung ab. In dieser sagte er ganz diktatorisch, wenn die Arbeiter nicht fünfmal 9 Stunden je Tag arbeiten wollen, (so Kurzarbeit) herabzusetzen. Aus Furcht vor Entlassung stimmten die auswärtigen Arbeiterinnen für 9 Stunden den Tag. Jetzt verbrach er das ganze Jahr wöchentlich 45 Stunden arbeiten zu lassen. Aber o Schreck, nach drei Wochen waren aus 45 Stunden 36 Stunden geworden. Die Arbeiter verlangten nun eine Betriebsversammlung, in welcher der Direktor Schütz sich wegen seinem Treubruch verantworten sollte. Er erschien nicht.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Dafür geht man dazu über, auch auf die Straße zu werfen und so die Ueberbleibenden für den Lohnabbau und für längere Arbeitszeit müde zu machen. Verlangt die Zurücknahme der Entlassungen! Treter geschlossen für anständige Löhne ein! Unterstützt die Streikender ausgesperrten Heimarbeiter!

Einige Arbeiter der Zastelle Verfilmerte Methner u. Frahn

Wie die niederschlesischen Unternehmer vorgehen.

Ein günstiger Wind setzt uns in die Lage, folgende zwei Schreiben zu veröffentlichen, die eine besonders grobe Sperrmacherfirma an den Betriebsrat ihrer Belegschaft gerichtet hat.

Liegnitz, 30. Juni

An den Betriebsrat

der Ihre gestern gestellten Anforderungen können wir ab. Die Gehilfen, welche zu dem bisherigen Lohn weiter arbeiten wollen, können weiterarbeiten, solange es uns möglich ist, das dazu gehörige Lohn aufzubringen. Die Gehilfen, welche mit dieser Entlohnung nicht zufrieden sind, wollen ihre Arbeit fertigstellen und gehen dann als entlassen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche zu den bisher bestehenden Löhnen weiterarbeiten wollen, gehen bis auf weiteres als beschäftigt. Den Vorearbeitern, welche mit den jetzigen Löhnen nicht zufrieden sind, stellen wir anheim, ihre Entlassung zu fordern.

Wir bewundern die Kühnheit Ihrer Leitung, in der jetzigen Zeit neue Forderungen zu stellen, da wir unvollständig die höchsten Löhne der in Frage kommenden Konkurrenzfabriken zahlen und damit die Beschaffung der Löhne schon heute ungeahnte Schwierigkeiten macht. Wir stellen Ihnen heute ungenügende Gehälter anheim, welche mit den jetzigen Löhnen nicht zufrieden sind, stellen wir anheim, ihre Entlassung zu fordern.

Wir haben uns schon seit Wochen die größte Mühe gegeben, die Löhne zusammenzutragen, und wenn Sie trotzdem immer wieder neue Forderungen stellen, die infolge der fallenden Zinssätze vollständig ungerechtfertigt sind, so ist eben nur anzunehmen, daß Sie gewillt sind, den von Ihnen schon seit langem probierten Endkampf aufzunehmen, und uns bleibt weiter nichts übrig, als das Resultat abzuwarten.

Wir wissen, daß eine große Anzahl unserer Arbeiter die von Ihnen beliebten Methoden ablehnen, sind aber eben so überzeugt davon, daß diese gemäßigten denkenden Leute, a Konto Ihrer Methoden den von Ihnen radikalsten Mitgliedern gestellten Forderungen beizutreten müssen.

Achtungsvoll!

An den Betriebsrat

der Es ist uns nicht mehr möglich, die Löhne und die durchbar vielen und hohen Steuern und Abgaben zusammenzubringen, und infolge, daß auch die Banken kein Entgegenkommen zeigen, sehen wir uns mit schwerem Herzen genötigt, sämtliche Gehilfen zu entlassen, nachdem sie die zurzeit begonnenen Arbeiten fertiggestellt haben. Nur die allergrößte Not zwingt uns zur obigen Maßnahme, die wir selbst aus tiefster Bedauern. Wenn in nächster Zeit eine Entspannung der Geldknappheit eintreten sollte, dann wird es hoffentlich auch uns möglich sein, Sie wieder einzustellen.

Die Zopfmanufaktur wird weiter betrieben, so daß die Arbeiter bis auf weiteres beschäftigt bleiben.

Schachtingevoll!

Eine bessere Illustration zu der Offensive des schlesischen Unternehmertums können wir nicht geben. Hoffentlich lernt jeder Arbeiter daraus, daß es in allen Fabriken so aussieht und daß es Zeit ist, sich überall zusammenzuschließen.

Arbeiter Schlesiens! Nehmt in Betriebsversammlungen zu der neuen allgemeinen Offensive Stellung! Lehnt die Entlassung ab! Verweigert Kurzarbeit! Verlangt, daß die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß eingesetzt werden!

Die Wahrheit über die niederschlesischen Ausbeuter.

Die Unternehmer schreiben dauernd nach Lohnabbau. Die hohen Löhne seien schuld an der Arbeitslosigkeit und noch mehr schwaft man uns vor. Nach dem letzten Streik äußerte sich der fabrikspezifische Ernst Mücke aus Görlitz äußerst vorsichtig in der „Arbeitsbeurteilung“ vom 6. Juli wie folgt: „Ich bin auf alle Fälle gegen den Schiedsspruch in der niederschlesischen Metallindustrie, der den Arbeitern eine Erhöhung der Löhne von 3 Pf. brachte, anstatt ihnen 5 Pf. abzugeben.“ Ich glaube, daß diese 6,5 Millionen (die jährliche Mehrausgabe nach der Lohnerhöhung) eine recht ansehnliche Dividende stellen würden, selbst wenn ihr investiertes und das Betriebskapital mit 40 Millionen angenommen wird, das entspräche einer Dividende von 15 Prozent. Wo sind die Gläubiger? Die Mut dieses Ausbeuters ist verständlich, denn diese Leute wollen, um höhere Profite zu machen, ihre Arbeiter ruhig hungern lassen.

Die schlesischen Arbeiter wissen aber jetzt, welches der wahre Sinn des Gehreises ihrer Arbeiterher ist.

Ein „feiner“ Meister.

Der Maschinenmeister der Glashütte-T. G. Diebau, Ruzsch, scheint besondere Prinzipien zu haben. Er setzt und probiert neue Formen, die niemals richtig funktionieren wollen. Es dauert nämlich eine geraume Zeit, bevor der Laden klappt. Staat nun dem Fehler von seiner Seite aus einzusehen, verteidigt er sich dem Alten gegenüber damit, die Glasmacher leisten zu wenig. Na also, Kollegen, ihr lebt ja einen feinen Tag, denn bei der Hitze leistet ihr noch viel zu wenig. Wir denken, die Leistung ist enorm und die Leute haben gewiß nicht Zeit die Hände in die Hosentaschen zu stecken, wie manche andere Leute. Im übrigen fühlt sich der Ruzsch kolossal gebührend, denn er kriegt die dieser Tage einen Anfänger an der Hand, weil dieser einen Wortwechsel mit ihm hatte. Er wußte wohl, daß es dort ankommen konnte, denn ein anderer hätte ihn bei von der Werkstelle herunterbefragt. Wir werden dafür sorgen, daß die ehemaligen Kollegen des H. Ruzsch in Jawaschl das Abwachen zum Meister und das jegliche Betragen ihres früheren Kollegen zum Wissen kriegen, damit sie ihn gut empfangen, wenn er doch hin zurückkehrt. Arbeiter, diese Auswüchse zehnen nur zum Passivität, tretet energischer auf und das Gesindel wird etwas beruhigen. Raabe.

Kurzarbeit im Ruhrbergbau.

In zahlreichen Zechen des Ruhrgebiets sind Kurzarbeit eingeführt worden. Infolgedessen müssen etwa 25.000 Bergleute feiern. Diese Feierschichten sind einseitig auf den Zechen Graf Schwanin, Walthaus, Stines I/II und III A, W. Helm, Klotterbusch, Kästl, Hachenberg, Sauer, Germania I/II, Bonifatius, Prinzregent, Deutschland, Friedrich der Große, Vöhringen, Ala-Schwitz, Zoller II, Germania, Grafen, Johannes Hagen, Mansfeld, Recklinghausen I/II, W. Hagen, etc. etc.

Arbeitersport.

Freie Turnerschaft, Stadtbezirk Gräbichen.

Erstes Arbeiter-Spiel- und Sportfest.

Als Aufstakt für das Sportfest gelten Frei- und Sportlerwägen von Mädchen und Knaben, von Sportlerinnen und Sportlern aller Sparten. Für die Mädchen sind leichte Stabübungen vorgelesen, für die Knaben die Kraftübungen, für die Sportlerinnen die Olympiade-Freilübungen, für die Sportler die Übungen aus Turnzeitung Nr. 9. Um von vorabereit planmäßiges Leben zu empfangen, bieten wir für die Arbeiter Vereine gemeinsame Übungsabende an. Vorweg sei bemerkt, daß wir unter Sportlern aller Sparten den Turn-, Wasser- und Fußballsport verstehen unter den ersten zwei Sportarten natürlich beide Geschlechter. Zu der gemeinsamen Übungsstunde die jeden Freitag in der unteren Turnhalle des Lyceums in der Schwerinstraße stattfindet, empfehlen wir, daß von jeder Abteilung nur ein kleiner Projekttag regelmäßig erscheint, der dann das Geleit in seiner Abteilung weiter bearbeitet. Es über somit:

Mädchen (Wasser- und Turnsport) von 6-7 Uhr, jede Abteilung 10 Mädchen und ein Leiter.

Knaben (Wasser- und Turnsport) von 7-8 Uhr, jede Abteilung 5 Knaben und ein Leiter.

Sportlerinnen (Wasser- und Turnsport) von 8-9 Uhr, jede Abteilung 10 Sportlerinnen und ein Leiter.

Sportler (Wasser- und Turnsport) von 9-10 Uhr, jede Abteilung 3 Sportler und ein Leiter.

Die Übungsstunden sind am Freitag, den 25. Juli, 1., 8., 15., 22., 29. August und 5. September. Am 30. August ist die Hauptprobe in der Lessingturnhalle. Am 6. September öffentliches Probenabende. Auf allen Übungsstunden ist Musik vorhanden. In jeder Abteilung wird der

Stillauf geübt. Wir eruchen die obenstehenden 10, 5 und 3 jeweils lebenden regelmäßig zu entfenden.

Allgemeines zum Sportfest.

Wir erheben zunächst kein Startgeld, hoffen jedoch, daß die Gemeindefreien vollständig antreten. Bei den Meibungen ist die Kleidungsfrage genau anzugeben.

Zu jeder gemeindefreien Mannschaft muß mindestens noch ein Kampfrichter gemeldet werden. Freiwillige Hilfskräfte als Bahn-, Linien- und Zielfrichter bitten wir gleichzeitig mit anzugeben. Für die Turnspiele werden Bezirks- und Kreismeister eingeladen und entsprechende Gegenseinrichtungen aufgestellt. Näheres darüber später.

Am Mittwoch, den 23. Juli, ist eine gemeinsame Sitzung im Gewerkschaftshaus für alle technischen Leiter aller Sparten, wo alle Fragen nochmals durchberaten werden. Wir eruchen um pünktliches Erscheinen. Die Sitzung beginnt um 8 Uhr.

Walter Friedrich.

Hindenburg

Gebrüder Markus G.m.b.H.

Hindenburg O.-S.
Beste und billigste Bezugsquelle
sämtlicher Bedarfs-Artikel

BADRIAN & ANGRESS

Hindenburg, Kronprinzenstr. 118
Kleiderstoffe - Leinen
Baumwollwaren

Perls & Söhne

Das billige Restehaus
Günstigste Einkaufsquelle am Platze.
Manufaktur - Modewaren - Gardinen
Kronprinzenstraße 89. - Telefon 254.

Eugen Herzka

Hindenburg
Kleiderstoffe und
Gardinen

Kaufhaus Peschka

Hindenburg
Kronprinzenstraße 133

Damenputz,
Weiß-, Woll-,
Kurzwaren,
Konfektion,
Manufakturwaren

Hugo Wolff

Mäntel
Blusen
Kleider
Röcke

P Böhme

Hindenburg
Dorotheenstr. 2

Tel. 229

Manufaktur-
und Modewaren
Gardinen

Produktiv-Genossenschaft
für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
B R E S L A U
Treibitzer Straße 50

L. Boroschek

Hindenburg OS., Dorotheenstr. 5

Grosses Hut- und Mützenlager
Herrenartikel, Wäsche, Strumpfwaren

Produktiv-Genossenschaft
für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
B R E S L A U
Treibitzer Straße 50

Hugo Goldmann

Dorotheenstrasse 36
Manufaktur-, Kurz-
und Wollwaren

Kaufhaus für moderne
Herren- und Knaben-Bekleidung

Größte Auswahl Billigste Preise

Strumpfner & Co.

Telephon 1172 Kronprinzenstr. 116

J. & G. Proske

Eisenhandlung

Hindenburg

O.-S.

Kronprinzenstr. 131

JACOBSON & COMP.

Fernspruch 1542 Hindenburg Kronprinzenstr. 92h
Kleiderstoffe, Seiden, Gardinen, Baumwollwaren

Carl Rötering

Kanalstr. 2 HINDENBURG OS. Telefon 1416

Lederwaren, Reiseartikel
Sportartikel, Linoleum

Streng solide Preise

Max Himmelfarb

Hindenburg, Kronprinzenstr. 137

Bekleidungs-Haus
für Herren u. Knaben

Anfertigung nach Maß

Adolf Czysch

Hindenburg
Kronprinzenstraße 114

Herren- und
Knaben-Garderobe
Arbeiter-Bekleidung

Paul Hajok

Ecke Kronprinzen- und Stollenstraße
Uhrn - Gold- und Silberwaren - Lager in
Auerföhrens sämtlich. In die 1 ranche schlagenden Reparaturen

Reserviert

Martin

Zimmermann

Friedrichstraße 10
Tel. 1231

Ledergerberei
und Schaffelabrik

sowie sämtliche
Bedarfsartikel
für Schuhmacher
und Sattler

Schuh-Centrale

Max Leschziner

Kronprinzenstr. 106

Alleinverkauf der



und Dr.
Lahmann-
Seifert

Snuffel

*bei allen Einkäufen
immer unsere Suppen!*

Paul Cwienk

Hindenburg OS., Kronprinzenstr. 115

Hüte und Mützen in bester Qualität
sowie sämtliche Herrenartikel

Max Kanzek

Kronprinzenstraße 145

Elegante Herrenschneiderei
sowie Konfektion und Herrenartikel

Sächsische Wollwaren

Inhaber N. WOLF

HINDENBURG

Kronprinzen-

Straße

Nr. 115

Reserviert

Breslau.

Kommunistische Partei.

Donnerstag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr in der Wratzlawia (Großer Saal), Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Ortsgruppe.
2. Die Kampfwoche vom 27. Juli bis 4. August 1924.
3. Vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Mitgliedsbücher mitbringen.

Ortsleitungskörung.

Mittwoch Abend 7. Uhr, Lebnitzer Straße 50.

Alle Genossen

die am 3. August mitwirken, haben Mittwoch, abends 9 Uhr (pünktlich) im Marmorhaus zur Probe zu erscheinen.

Ortsgruppe der KPD.

Das neue Industriegebiet vor Breslau.

Die Luftverschmutzungsgesfahr. — Der Scheitler Part soll bergelastet werden. — Elektroregener Säuren werden in die Ober abgelassen.

Ein neues großes Industriegebiet soll im Nordosten von Breslau zur Ausführung kommen. Bei Sawallen hat die Bergwerksgesellschaft Georg von Driesch es Erben eine Fläche von 300.000 Morgen gekauft.

Ueber den Kaufpreis wurde bisher schamhaft geschwiegen. Sind wieder ungeheure Staatskassen zu einem lächerlichen Preise vom Fiskus verkauft worden?

Zunächst wird eine Kunstseidefabrik und eine Superphosphatfabrik entstehen.

Die Breslauer demokratische Presse hat sich bereits dazu geäußert und demokratisch ihre Meinung und Äußerung. Die Willensbesitzer von Verbeuten haben sich in einer Versammlung mit dem Problem beschäftigt. Sie verlangen die Verlegung des Projektes an eine andere Stelle. Während die „mit-jedem-Wort-ein-Wort-nehmen“ „Neuesten Nachrichten“ auf die schädliche Wirkung für die Umgebung dieser im Bau befindlichen chemischen Industrieanlage hinweist, protestieren die Verbeuten Willensbesitzer, daß ihnen die Anlage auf die Nase gesetzt wird.

Was haben wir, was hat die Arbeiterklasse zu einem solchen Industriegebiet zu sagen? Können wir solchen Projekten kommentarlos beistimmen?

Die beginnende Trennung von Industrie- und Handelsstadt von der Wohnstadt wird in der kommunistischen Gesellschaft noch scharfer durchgeführt werden. In den Willensbesitzern der Großstädte ist es schon heute polizeilich verboten, neue Industrieanlagen zu bauen. Die schädlichen Wirkungen der Rauch- und Gaseinwirkungen müssen von den Bourgeois ferngehalten werden.

Das im Nordosten Breslaus entstehende Industriegebiet grenzt an den Scheitler Part und an einige Willensvororte. Die Willensbesitzer verlangen die Verlegung des Projektes, damit ihnen nicht die gute frische Luft genommen wird. Sie erheben aber keinen Protest, wenn in oder bei einem Proletenstadtteil eine Fabrik die schädliche Gefahren für die Anwohner birgt, gebaut wird.

Die Kunstseidefabrik braucht zur Herstellung ihres Produktes Schwefelkohlenstoff, dessen Zuleitung wegen Explosionsgefahr in doppelten Röhren erfolgen soll.

Bei Verbrennung bzw. Erwärmen dieses Stoffes bilden sich schwefelige Gase, die noch in einer Verdünnung von 1:300.000 vergiftend wirken.

Durchschnittlich hat Breslau jeden dritten Tag Winde aus Nord-Nordost und Nordwest, so daß die giftigen Gase auf den Scheitler Part (einem wichtigen Luftverkehrspunkt Breslaus) und weiter auf die innere Stadt einwirken. Von behördlicher Seite wird versichert, die Fabrikverwaltung wolle durch besonders neue Methoden diese Gase auffangen und damit die pflanzen- und luftvergiftende Wirkung aufheben. Aus den jahrelangen Kämpfen der Arbeiterklasse wissen wir, daß die Fabrikanten nur das Nötigste (und auch das nicht von selbst) für eine hygienisch und gesundheitsfördernde Luft sorgen.

Wenn für die Erzielung eines hohen Profits diese Unkosten zu hoch sind, wird diese Aufgabe gestrichen oder abgesehen, ohne Rücksicht auf die beschäftigten Arbeiter.

Die Kapitalisten sorgen durch Schaffung einer großen Reservearmee für genügend hungrige Proletarier, die trotz der Aussicht, bald sich zu werden, solche schädliche Arbeit annehmen.

Bei der Superphosphatfabrik sind die Gefahren nicht geringer. Hier ist zu beachten, daß die Abwässerreinigung (die schlechten Stoffe) in die Ober leitet. Auch hier beruht (!) die Verabfassung, alles zu tun, um eine Vergiftungsgefahr für Badende zu vermeiden.

Wir wissen, wie es gehalten wird. Wir kennen das vergiftete Wasser der Flüsse.

Darum fordern wir:

1. Verlegung der Fabrikanlagen nach einer weiter entfernten Stelle von Breslau;
2. alle in Breslau noch vorhandenen chemischen Fabriken an dieselbe Stelle zu verlegen;
3. Kontrolle der sanitären Maßnahmen durch die Arbeiterklasse und den A.S.B.;
4. Arbeiterwohnungen dürfen im Umkreis von 10 Kilometern nicht gebaut werden;
5. Schnellbahnverbindung der Fabriksstadt mit den Arbeiterwohnungen.

Wir wissen, daß diese Forderungen von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht unterstützt werden. Die Kommunisten wissen: Die Verwirklichung eines gesunden Wohnens gewährleistet nur die kommunistische Gesellschaftsordnung, die sich die Arbeiterklasse erkämpfen muß. Trotzdem werden wir nicht aufhören, hierfür zu kämpfen.

Die „Schlesische Zeitung“ vom 13. Juli brachte die Notiz (uns wurde sie nicht zugestellt), daß bis zum 14. Juli schriftlich Einspruch gegen das Projekt erhoben werden kann. Das sind aber mehrere Tage notwendig. Warum denn hier so eilig?

Wieso bringt das Polizeipräsidium die Meldung, daß der Einspruch bis zum 14. Juli erhoben werden muß, erst am 13., und dann auch nur in der bürgerlichen Presse? Wenn das Polizeipräsidium nicht in Verdacht kommen will, nähere und peinliche Beziehungen zu Driesch's Erben zu unterhalten, wird es der Öffentlichkeit antworten müssen.

Kleibömer auf dem Eigenrad.

Die „Volkswacht“ deutet seinen Schwanzel.

Die „Volkswacht“ veröffentlicht in Nr. 165. kommunistischen folgende Zuschrift aus den Kreisen der Arbeiterpartei:

Am Sonntag, den 29. Juni, begannen die Arbeiterpartei ihren Reichsarbeiterportrat. Der Minister hatte für Sportveranstaltungen den Polizeipräsidenten Kleibömer gegeben, von dem Verbot geschlossener Umzüge abzusehen. Polizeipräsident Kleibömer in Breslau verbot den geplanten Umzug vom Schlossplatz wegen der Kommunisten. Diese hatten für denselben Tag einen roten Tag angelegt. Alle Hinweise

daß in Breslau aus vielerlei Gründen (!) keine Gefahr besteht (!) drangen zu einer Erlaubnis nicht durch.

Am Sonntag, den 13. Juli, führten die bürgerlichen Sportler einen Festzug durch die Stadt. Ohne Einschränkung durfte er passieren. Die Gruppe hielt Straßenbahnzüge an, bis der Zug vorbei war. In der Tiergartenstraße marschierten die Kolonnen des Zuges über die ganze Straßbreite. Ein Duzend Schwarz-Weiß-Rote Fahnen und hundert ebensolche Schärpen wurden unter der Aufsicht der Polizei getragen, obwohl der Minister das Mitführen von Fahnen in Sportlerumzügen verboten hatte. Wer ist an dieser Gesetzesverletzung schuld? Weiß der Herr Minister von dieser Verhöhnung der Republik nichts? Was sagt der Minister zu dieser Auffassung des Polizeipräsidenten? Leben wir etwa schon in Bayern? Sind nur den Arbeitersportlern die Fahnen verboten?

Wären etwa die mitgeführten und (ohne Mauthof) die Gewähr dafür, daß Regler und andere „Sportler“ die Volksgesundheit fördern? Was ist in Deutschland nun eigentlich für ein Recht in Geltung?

Wäre die „Volkswacht“ noch ein proletarisches Blatt, so hätte sie sich mit dem Gejammer über „zweierlei Recht“ nicht begnügt, sondern festgestellt, daß

Kleibömer die Arbeiterpartei belogen hat, Denn am Sonntag, den 29. Juni fand in Breslau wieder ein „Roter Tag der Kommunisten“ statt, noch war ein solcher geplant. Der „Rote Tag“ fand nämlich nicht in Breslau, sondern in Strehlen statt, an einem Ort, in dem der kleine, nervöse Diktator von Breslau bekanntlich nichts zu sagen hat.

Herr Kleibömer, der republikanische Ehrenmann, hat also bewußt gelogen, um den Festzug der Arbeiterpartei unter dem Schein von Objektivität zu hintertreiben. Gützig Kleibömer!

Das derselbe Herr Kleibömer, dessen Schandblatzen gegen kommunistische Arbeiter und Funktionäre von der „Volkswacht“ systematisch totgeschwiegen werden, den Sportfahnen den Umzug mit Schwarz-Weiß-Roten Mörderfahnen gestattet, nimmt uns nicht Wunder. Konfatierte doch die „Volkswacht“ anlässlich der Angriffe der kommunistischen Stadtverordneten gegen Kleibömer, daß die sozialdemokratischen Arbeiter bisher unter Herrn Kleibömer sich nicht zu beklagen hatten und die Kommunisten auch keinen Anlaß zu Beschwerden haben würden, wenn sie ihre Putzaktivaufgaben würden.

Bei dieser Gelegenheit stellen wir nochmals fest, daß das edle Blatt auf Wunsch des Polizeipräsidenten dessen blamable Niederlagen, anlässlich der Gerichtsverhandlungen gegen die Genossen Smolka und Frölich totgeschwiegen hat.

Die „Volkswacht“ ist daher mitverantwortlich für die skandalösen Polizeizustände in Breslau.

Rückfahrtscheine der städtischen Straßenbahn auch mit Umsteigerechtigung werden von Montag ab ausgeben, sofern der Fahrgast dies bei der Lösung des Fahrscheines vom Schaffner verlangt. Die Rückfahrt muß unbedingt auf denselben Betriebslinien zurückgelegt werden, auf welchen die erste Umsteigefahrt gemacht worden ist. Ein anderer Weg darf bei Benützung des Rückfahrtscheines nicht gewählt werden.

Nicht richtiger wäre es gewesen, wenn die Straßenbahn endlich den 10-Pfg.-Tarif eingeführt hätte.

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Mai 1924 auf 564.928 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Juni 1924 nach der „Fortreibung“ (zum Anfangsbestand werden die Geborenen und Zugewogenen hinzugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogenen davon abgezogen werden) des statistischen Statistischen Amtes 564.830. Geborene wurden 820, Gestorbene 615 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuss an Geborenen von 205. Die Zahl der Zugewogenen belief sich auf 3479 (darunter 182 Haushaltungen), die der Fortgezogenen auf 3762 (darunter 207 Haushaltungen), woraus sich ein Wanderungsüberschuss von 283 und ein Weniger an Haushaltungen von 25 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuss der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Abnahme der Bevölkerung gegen Ende Mai um 78 Köpfe.

Aus der Provinz.

Mitteilung der Bezirksleitung.

Umfandhabbar muß das Nichtbildverwehren. Zehn Jahre Sozialdemokratie, ausfallen. Nähere Nachrichten gehen den Gruppen zu.

Bezirksleitung Schlesien der KPD.

R.-J.-Ortsgruppen, Unterbezirk Waldenburg.

Die festgesetzten Jungarbeiterkonzertenzen müssen wegen ungenügender Vorbereitung um acht Tage verschoben werden. Die Konzertenzen finden statt:

- in Landeshut, am Sonnabend, den 26. Juli, in Waldenburg, am Sonntag, den 27. Juli, in Königszeit am Sonntag, den 27. Juli, in Hirschberg, am Montag, den 28. Juli.

Genossen! Die jetzt noch zur Verfügung stehenden Tage müssen nun mit aller Kraft zur Mobilisation ausgenutzt werden. Kein Schacht, keine Hütte, keine Werkstatt darf bei der Konfereenz fehlen. Alle festgesetzten Versammlungen müssen durchgeführt werden.

Unter-Bezirksleitung der KPD Waldenburg. Achtung! Der Jugendtag auf der Schneefuppe am 22. Juli muß aus finanziellen und anderen wichtigen Gründen bis August verschoben werden. Der Tag wird noch bekanntgegeben.

Nieder Salzbrunn. Die Kommunistenhebe beginnt auch in Nieder Salzbrunn! Wie überall im Reich geht man auch in Nieder Salzbrunn gegen die Kommunisten vor. Am Mittwoch, den 9. Juli wurde beim Genossen Weichert und am Donnerstag, den 10. Juli beim Genossen Scharf Hausladung vorgenommen, angeblich um Flugblätter zu suchen. Man glaubt, daß die Gemeinde wegen ein paar Flugblätter drei Landjäger auf die Beine bringt. Charakteristisch ist, als die heutige Polizei zum Genossen Scharf kam und gefragt wurde, warum sie beim Genossen Weichert gesucht habe, zur Antwort gab, das ist eine andere Sache. Man kann annehmen, daß die hochwollbüchlige Polizei wegen Munition oder Waffen Hausladung abhielt. Sie hatte kein Glück. — Die Herrn von der Polizei möchten sich doch mal um die Stahlhelm-Gesellschaft kümmern, da werden überall Umzüge und Nachhörungen gemacht. Doch da legen die Herren nichts, weil die Polizei nur gegen die Kommunisten eingesetzt wird.

Beuthen. Die letzte Schicht. Der Häuer Karl Spitzgeßel ist am Sonnabendvormittag auf der Heimgarbe unter Tage vor einem Pfeiler durch herabstürzendes Gestein verunglückt worden. Er wurde nach einstündiger Arbeit geborgen und zu Tage gehoben und in das Knappschafslazarett transportiert. Hier wurde ein komplizierter Schädelbruch festgestellt. Eine

Stunde nach seiner Einlieferung in das Knappschafslazarett ist er seinen Verletzungen erlegen.

Bergmannsklos. Der Häuer Reichler ist auf der Heimgarbe von herabstürzendem Gestein verunglückt worden. Schwer verletzt wurde er unter dem Gestein herabgezogen und nach dem Knappschafslazarett geschafft.

Ratibor. Beamtenversammlung. Am Mittwoch, tagte in der „Hindenburg-Halle“ eine öffentliche Beamtenversammlung zu dem Zwecke, Protest gegen die schlechte Besoldung der unteren Beamtengruppen einzulegen. Der Vertreter Adamel hielt hierauf das Hauptreferat. Er wies darauf hin, daß die gesamten Parteien nicht im geringsten für die Beamten im Reichstage eingetreten wären, nur eine einzige Partei sei es gewesen, die für eine bessere Besoldung der unteren Beamten eingetreten sei, die kommunistische Partei. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Beamten die ihnen zugehörten die Salen folgen lassen muß. Hierauf wurde eine Resolution verlesen, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde und sich scharfstens gegen die schlechte Besoldung der unteren Beamten wandte. In der Diskussion wandte sich ein Deutschnationaler gegen die Vorwürfe, die der Referent über die Beamtenverordnungen der Friedenszeit gesagt hatte. Nachdem ein Genosse von der Unten gesprochen hatte und als Hauptziel der Beamten ihren Kadavergebeten dahingestellt hatte, sprach der Gewerkschaftssekretär A. D. Jähge, Wuppertaler und Abnonnentenrat des Generalanzeigers „Mannschaft“ w. a. L. Seine Worte erreichten an Güte ihren Höhepunkt, als er ausführte, daß trotz der Republik, trotz sozialdemokratischer und demokratischer Minister es nicht besser wurde, da dieselben nicht konnten, was sie wollten. Ja, der Geist ist tollig, doch das Fleisch ist schwach, überhaupt, wenn man sich dem Ministerpräsidenten gegenüber stellen kann. Dann ergreift Genosse J. J. (KPD) das Wort und sagte, daß diese Protestresolution nur ein papierne Dokument bleiben wird, solange die Beamtenbesoldung es nicht erkennen wird, daß nur ein gemeinsamer Kampf aller Hand- und Kopsarbeiter imstande sei, die Wurzel aller Uebel, der heutigen kapitalistischen Staat, zu beseitigen und so jedem einzelnen das Existenzminimum zu sichern. Auch gelte es, sich jetzt vor allen Dingen gegen den neuen kapitalistischen Schandvertrag zu wehren, der einen weiteren Beamtenabbau und weiteres Elend unter dem deutschen Volk herbeiführen wird. Alle bürgerlichen Parteien sind mit Schuld an der Ausbeutung der Beamten, einzig allein die Kommunisten seien es im Reichstage gewesen, die beantragt hätten, die Besoldungsgruppen 1-6 zu streichen und die unteren Beamten nach Gruppe 7 zu besolden. Wir als Kommunisten kennen nur zwei Lager in Deutschland, eins der Ausbeuter, und das andere der Ausgebeuteten. Wenn die ausgebeuteten Beamten sich zusammenschließen werden, mit der übrigen Hand- und Kopsarbeiterklasse geschlossen den Kampf gegen dieses Ausbeutungssystem aufnehmen werden, dann ist ihnen der Sieg sicher.

Ortag bei Ratibor. Das Gesicht unserer Gemeindevertretung. Die Sitzung wurde durch den Gemeindevorsteher eröffnet. Da die Tagesordnung wichtige Punkte für die Erwerbslosen hatte, waren annähernd 40 bis 50 Erwerbslose im Zuschauerraum anwesend. Dies veranlaßte den Gemeindevorsteher Schettler, sofort die Zuhörer darauf aufmerksam zu machen, daß bei etwaigen Unterbrechungen er von seinem Hausrecht Gebrauch machen würde. Möglich, daß er sie am liebsten gleich hinausgeworfen hätte, um nicht länger die ausgebeuteten, gequälten Geschlechter der Erwerbslosen zu betrachten. Zum ersten Punkte hielt dieser unüberwindliche Zentrumsmann einen längeren Vortrag über Pflichten und Rechte des Gemeindevorstehers. Der zweite Punkt behandelte die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent, die von den Genossen Wolsch, Weichig sowie den Gemeindevorstehern Joadzimczak und Stech gefordert waren. Es entpant sich eine lebhaft entwickelte Diskussion. Hier formten die Erwerbslosen die wahre Natur dieser Volksvertreter erkennen, die sich in den nationalen und Zentrumskreisen befinden. Joadzimczak (Hausbel) erwiderte dem Gemeindevorsteher auf seine Ausführungen, daß die Gemeinde nichts geben kann, da dies der Landrat nicht gestatten würde. Der Genosse Wolsch erläuterte in scharfen Worten seinen Antrag, daß die Gemeindevertretung erst die Not dieser, von der kapitalistischen Gesellschaft auf Straßengassen hinausgeworfenen Proleten kennenlernen und ihre elenden, trostlosen Familienverhältnisse betrachten müßten, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß auch diese ein Anrecht auf einen menschenwürdigen Dasein haben und nicht als Parasiten von diesen nationalen und Zentrumsvollvertretern betrachtet werden dürfen. Der Deutschnationale Wejowsky sagte, ihm sei der Antrag sympathisch, aber es sei keine Bedingung da. Darum müsse er den Antrag ablehnen. Auch der Zentrumsmann Kottirba, christlicher Gewerkschafter und Milchhändler, wollte keine Sympathien für die Erwerbslosen bekunden. Wejowsky erwiderte ihm in trefflichen Worten, daß wenn er so ein Herr für die Erwerbslosen habe, er schon längst seine Milch an diese einen Pfennig billiger verkaufen konnte. Da blieb diesem Mannlein gleich die Spucke weg. Genosse Wolsch stellte hierauf den Antrag, 1000 Mark sofort als einmaligen Vorstoß zu bewilligen, um so der äußersten Not der Erwerbslosen beizukommen. Auch dazu konnten diese Volksvertreter sich nicht ausschwingen und beschloffen, eine Kommission zu wählen, die diese Frage regeln soll. Als dritter Punkt stand Zurückziehung der Entschädigung für den Gemeindevorsteher auf der Tagesordnung. Derselbe ist Lehrer, bezieht ein Monatsgehalt von annähernd 350 Mark, ist für den Posten als Gemeindevorsteher vollständig vom Schulunterricht befreit und bezieht noch ein Gehalt von der Gemeinde in Höhe von 400 Mark jährlich. Diese 400 Mark sollten in Zukunft wegfallen. Da der Gemeindevorsteher sich in dieser Angelegenheit für besagten erklärte, vertrat ihn sein Zuzfreund Wejowsky (Deutschnational). Ohne den Antragsteller irgendwie Gelegenheit zu geben, vorerst ihren Antrag zu begründen, sang er an, betwählig Klage zu führen über die Unmöglichkeit dieser Leute, dem Gemeindevorsteher die 400 Mark zu entziehen, wo er sich doch Tag und Nacht im Dienste der Gemeinde aufopfert. Sogar seine Ferien hätte er dem Gemeindevorsteher geopfert. Joadzimczak und Wolsch begründeten dann diesen Antrag und führten aus, daß es nicht angehe, während andere über keine Erwerbsquellen verfügen, der Gemeindevorsteher zwei Gehälter beziehe. Sie beantragten Entziehung der Entschädigung um die 400 Mark, die den Erwerbslosen zugute kommen sollen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen und des Zentrums abgelehnt. Erwerbslose Ostrog, merkt sich auch Joadzimczak machte noch den Vorschlag, falls der Gemeindevorsteher auf diese Entschädigung verzichte, man ihn als Ehrenbürger der Gemeinde Ostrog auszeichnen würde. Derselbe zog es aber lieber vor, auf diesen Titel zu verzichten und das Geld einem streichen. Die Sanitätskolonne hatte einen Antrag auf Bewilligung eines Beitrags für die Sanitätskolonnenentzug bei Ratibor gestellt. Dieser wurde, nachdem Joadzimczak gegen den Antrag gesprochen hatte, auch einstimmig abgelehnt. Nach Beendigung kleinerer Anträge wurde die Sitzung geschlossen. Diese Sitzung bewies, daß diese Volksvertreter, von der deutschnationalen und Zentrumspartei, würdige Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft sind, und niemals die Interessen der ausgebeuteten Hand- und Kopsarbeiter vertreten werden. Ihre Haltung bewies es, daß ihre Vorbereitungen in der Wahlperiode nur Lug und Trug gewesen sind. Proletarier Ostrog, gebt ihnen am 21. September erneut die Antwort auf ihre Betrugsmasche und wählt die einzige Vertreterin der arbeitenden Massen.

Die kommunistische Partei Deutschlands.

Langenbielau. Die SPD. verrät Arbeiterinteressen. Wie die hiesigen SPD-Stadträte das Interesse der Arbeiterschaft im Stadtparlament vertreten, zeigte wieder einmal so recht drastisch die letzte Stadtratsversammlung. Bürgerklub und SPD. ein Herz und eine Seele. Nach Einführung des erst aus der Haft entlassenen Stadtratspräsidenten Reichelt und nach Vereidigung eines bürgerlichen Stadtrates, was übrigens Komödie war, die wert ist, daß sie jeder Arbeiter gelesen haben müßte, ging man zur eigentlichen Tagesordnung über. Ueber die ersten Punkte war man sich schnell einig. Aber der letzte Punkt: Festlegung der Haushaltspläne für das Jahr 1924 nahm längere Zeit in Anspruch. Hier waren es die drei kommunistischen Vertreter, die einige Bewegung in die ganze Versammlung brachten. Denn sonst hätte die ganze Sitzung keine Stunde gedauert, bei dem guten Einverständnis zwischen Bürgerklub und SPD. Der Antrag des kommunistischen Stadtratspräsidenten Müller war folgender: Zustimmung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ als amtliches Publikationsorgan der Stadt Langenbielau. Darob großes Geräuschen über so einen Antrag. Stadtratspräsident Müller begründete denselben, indem er sagte, daß die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ hier über 300 Leser habe, und es nicht mehr wie recht und billig wäre, wenn dem Antrage stattgegeben würde. Hier war es der SPD-Mann Pralle, der sich bemüht, fühlte, dem entgegenzutreten. Wahrscheinlich aus Angst, daß dann der „Proletarier“ zu kurz kommen könnte. Also: gegen drei Stimmen abgelehnt. Aber das Schöne kommt erst. Auf eine Anfrage des Genossen Müller, wie oft die Schulbücher arztlich untersucht worden sind, stellte es sich heraus, daß das in den ganzen acht Schuljahren, man höre und staune, dreimal der Fall war. Hier wies natürlich der Genosse Müller in klaren Worten darauf hin, daß die Untersuchungen mindestens alle halbe Jahre vorgenommen werden müssen. Doch nicht Hoch Untersuchungen, sondern auch den Kindern minderbemittelter Eltern die Medizin auf Kosten der Gemeinde zu geben. Aber die ganze große SPD-Betriebung war nicht für diesen Antrag zu haben. Ein Trauerspiel war es, wie man hier mit Arbeiterinteressen herumspielt. Arbeiter von Langenbielau, lehnt euch mal diese Arbeitervertreter etwas genauer an, was haben sie auch vor der Wahl alles versprochen, und was tun sie jetzt? Meine Meinung ist, daß sich für sie die Zustimmung einer eigenen Liste erübrigte hätte, denn im Stadtparlament merkt man keinen Unterschied zwischen SPD-Leuten und den Bürgerlichen. Man kommt zu der Überzeugung, daß wenn keine kommunistischen Vertreter drin wären, keine Sitzung nötig sei, denn sie sind sich ja schon im voraus einig.

Arbeiter von Langenbielau, besetzt alle mal so eine Stadtratsversammlung, und ich bin der Überzeugung, daß ihr diese Arbeitervertreter dahin schicken werdet, wo sie hingehören: nämlich an die Seite von Siller und Ludendorff, das wäre der einzig richtige Platz für sie.

Ein parteiloses Zuhörer
der letzten Stadtratsversammlung.

Landeshut. Eine proletarische Schande. Wie weit die Verklumpung des proletarischen Gedankens und damit die Preisgabe der eigenen Interessen bei einem Teile der Belegschaft der Rintelischen Betriebe schon gediehen ist, zeigen die Vorgänge bei der letzten Geburtstagsfeier des Chefs dieser Firma. Auf einen leisen Wunsch, des der Landeshuter Arbeiterschaft allgemein als schärfmüchig bekannt gewordenen Direktors Niepel (dessen Name, welcher durch Gründung von „Fabrik“-Feuerwehren, Luftkapseln, durch Veranstaltung von Bierabenden seine Arbeitsklaven und in ganz besonderer Stimmung, durch Paraden unterhält, wie man das von einem fauleren Offizier und Frontkämpferschlingel nicht anders erwarten kann) schloßen sich die Betriebsräte (offizielle: Spinnerei, inoffizielle: Weberei) im Namen der Belegschaften dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen zu müssen versagten und vergeblich war die unfaire Behandlung, welche die Glückwünschenden die Jahre hindurch bei Vorbringung von Beschwerden über Nichtzahlung der Löhne, über schlechte Behandlung durch Strafen usw., im Auftrage der Belegschaften zu vertreten hatten. Vergeben und vergeblich war das geringe Verständnis, welches gerade von Vertretern dieser Firma bei Abfertigung von Beschwerden, bei Kurzarbeit, bei Entlassungen und nicht zuletzt bei Lohnverhandlungen immer und immer wieder an den Tag gelegt worden ist. Den Gipfel der Kriecherei und des proletarischen Unverständes erreichte aber eine sich selbst gewählte Frauendeputation aus der Spinnerei, welche dem Jubilar und der Firma noch ein recht langes Gedächtnis wünschte, damit der Arbeiterstand noch recht lange das „Brot“ erhalten bleibe. Derselben Leute, welche trotz jahrelanger Arbeit bei der Firma aus dem Hungerleben noch nicht herausgekommen sind, in Gläubigerschulden haften müssen, freuen sich, und zu ihrer eigenen Entschuldigungsart sei es gesagt, mit ihnen ein „Arbeiterorgan“ die „Bergwacht“. Diese hündische Unverantwortlichkeit, diese Zufriedenheit, nur immer Brot zu haben, auf alle die Gemüthe, die während der Feier in geradezu verschwenderischer Weise den Geladenen, bis zum Uebelwerden,

zur Verfügung standen, zu verzehren, wird den Kammern der Niepel und Konsorten noch mehr anschwellen lassen. Anzeichen dafür sind genügend vorhanden; worüber noch zu berichten sein wird.

Münsterberg. Versammlung der KPD. Am Sonntag, den 10. Juli fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung der KPD. statt, in welcher Genosse Hamann über das Sachverständigengutachten und dessen Auswirkungen für die Hand- und Kopfarbeiter referierte. Das Klare allgemein verständliche Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen ein deutschnationaler Major a. D. sowie ein deutschnationaler Anhänger. Beide Redner waren gezwungen einzugestehen, daß die Verlesung der Annahme des Sachverständigen für die Hand- und Kopfarbeiter weit größer sein werde, als wie sie der Referent geschätzt habe. Einige Anfragen wurden im Schlußwort beantwortet. Eine zum Schluß vorgenommene Zellerfassung für die Kote Hilfe, ergab 575 St. Dieser Betrag wurde sofort der KPD. überwiesen. Die Versammlung war ein Erfolg für die KPD., es wurden einige Neuaufnahmen für die Partei gemacht und einige Zeitungsleser für die „Schl. A.-Z.“ gewonnen. Langsam, aber sicher, wird die Ortsgruppe Münsterberg wachsen und gedeihen und mitarbeiten am großen Vermächtnis von Karl Marx, an der Befreiung des Proletariats von den Ketten des Kapitals.

Zwozlau. Eine neue Feuerweh. Hier fand die Jahrestagung der Feuerweh statt, die zu einem richtigen mit die Betriebe, sondern an ihren Wohnort gebunden sind? Die jährlichen Rummel wurde. Der SPD-Mann Fülle war natürlich der erste, der das Deutschlandlied anstimmte. Und der Branddirektor Schaffe sagte, die Feuerweh ist die erste, die in den Krieg zieht. Schupo aus Ratibor war natürlich auch da, damit das Saufen ruhig konstatieren gehen konnte.

Der heutigen Nummer ist die illustrierte Beilage „Der Rote Stern“, Nr. 4, beigegeben.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Reiguth, Breslau, Inhaber: Arthur Müller, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Schauspielhaus
Operettentheater
Tel. Ring 2535.
Heute und täglich 8 Uhr.
Gesamtdarstellung
des Wiener Operettentheaters.
„Wien gib acht!“
Große Ausstattung.
Revue in 11 Bildern.

Billigste und äußerst reelle Bezugsquellen für
**Uhren, Juwelen,
Gold- und Silberwaren.**
Spezialität:
Gelegenheitskäufe.
Curt Jacobowitz, Gleiwitz, Wilhelmstraße 55
N. Jacobowitz, Beuthen, Tarnowitzer Straße 11.
Niederlage der Schweizer-Uhren-Industrie. — Gegründet 1906.

Sondernummer „Sichel und Hammer“
Nr. 20 erscheint soeben!

Aus dem Inhalt:
Krieg dem Kriege — Karl Radek: Der Kriegsausbruch in Berlin und der Beginn des Kampfes gegen den Krieg — Ein Schreiben Poincaré an den Zaren, Dolmetscher aus dem russischen Archiv des Zaren
Wladimir 15 Millionen starben — Der Krieg im Spiegel der Presse — Kunst und Krieg — Die proletarischen Opfer des Weltkrieges — Die Rote Armee als Friedensgarantie gegen neue Rumpkriege — Der V. Kongreß der Kommunistischen Internationale — Der Rote Tag in Düsseldorf.

Restellungen an die Zeitungsvertriebe erbeten — Preis: 16seitig 20 Pfennig

Schallplatten
Bergmann
Spezialgeschäft — Tauschzentrale
Karlsplatz 1, II. Eeg.
Schallplatten 1,20, 2,00 und 2,80
Neueste Aufnahmen stets vorrätig.
Tausche auch jede spielbare Platte in eine andere bei Zuzahlung von 20 Pf. 697

Berichtungs-Kalender.
Breslau, Bezirk Zehn. Freitag, den 25. Juli, um 7.30 Uhr, im „Roten Stern“, Arbeiterklub, Parteiberatung. Jeder Genosse muß bestimmt erscheinen. Berichterstattung.
— Freitag, Sonntag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr, im „Roten Stern“ 19 eine Jugendversammlung. Thema: Was will die Kommunistische Jugend?
— Sonntag, Zehn. Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr, im „Roten Stern“ 19 eine Jugendversammlung. Thema: Was will die Kommunistische Jugend?
— Sonntag, Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr, im „Roten Stern“ 19 eine Jugendversammlung. Thema: Was will die Kommunistische Jugend?
— Sonntag, Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr, im „Roten Stern“ 19 eine Jugendversammlung. Thema: Was will die Kommunistische Jugend?

Bekanntmachung für Dittersbach und Ober-Waldenburg.
In der Zeit vom 18. Juli bis 1. August 1924 liegt ein Plan der Reichsbahnreligion Breslau über die geplante Hebung der Gleise zwischen den Bahnhöfen Dittersbach und Waldenburg oberer Bahnhof — km 345,0 — 347,4 — im Zimmer 9 der Amts- und Gemeindefremdenverwaltung Dittersbach zur Einsichtnahme aus.
Während dieser Zeit steht es jedem Beteiligten frei, im Interesse seines Interesses bei dem Unterzeichneten Einswendungen schriftlich oder zu Protokoll geltend zu machen.
Dittersbach, den 17. Juli 1924.
Der Amtsvorsteher-Stellvertreter.
E. Bergmann
Ober-Waldenburg, den 17. Juli 1924.
Der Amtsvorsteher.
Günze.

Kämpfende Proletarier Deutschlands
liest die illustrierte satirische Arbeiterzeitung
Der Knüppel
zu haben bei allen Buchhändlern oder direkt durch die Buchhandlung der Produktivgenossenschaft, Breslau, Trebnitzer Str. 50. Soeben erschien Nr. 2. / Preis 20 Pfg.
Mit diesem schlägt ihr
Gämtliche Politische Dummköpfe!

Wir empfehlen:
Die Totengräber Deutschlands Pr. 1,—
Lenin von Sinowjew „ 1,—
Pfaffenspiegel, geb. „ 3,50
Spartakusbriefe „ 1,—
Das Maß ist voll „ 0,30
Marxismus-Sozialisierungstheorie 1,50
Deutschland eine Kolonie von Pawlowski Preis 0,50
Metall der Toten, brosch. Roman 3,50
Terrorismus und Kommunismus von L. Trotzki 4,50
Der Krieg und Internationale von L. Trotzki 0,25
Das Kapital von Karl Marx 3,50
Massenstreik v. Rosa Luxemburg — 40
Die Rebellen von P. E. Dybenko 1,80
Die Lehren des Bürgerkrieges von L. J. Gussow 2,50
Der Aufbau der roten Armee in der Revolution von Antonow-Owsejensko 0,75
Produktiv-Genossenschaft
für die Provinz Schlesien
e. G. m. b. H.
Breslau, Trebnitzer Strasse 50,
Abt.: Buchhandlung.

Achtung!
Rasieren, Haarschneiden
Paul Volkmer
Ditschberg, Ditschbergstr. 14, 1. Stg.
Bedienung unter Tagespreis.

Amtliche Bekanntmachung von Nieder-Hermsdorf.
Der Herr Regierungs-Präsident in Breslau hat durch Verfügung vom 3. Juni d. J. 1.34 III 4262) zu dem Beschlusse der Gemeinde V. Hermsdorf vom 20. Dezember 1923, betr. Hebung der Aufhebung der Pflanzenerwerb, gem. 59 der Polizeiverordnung des Herrn Ober-Präsidenten vom 4. September 1916, seine Genehmigung erteilt.
Nieder-Hermsdorf, den 16. Juli 1924.
Der Gemeindevorstand.

Beachtet unsere Inserenten!

MAX KARLINER
Oppeln OS. Zimmerstraße Nr. 6
Strumpfwaren, Arbeiterbekleidung
Wäsche, Trikots, Kurzwaren
Billigste Bezugsquelle
für Händler, Hausierer und Wiederverkäufer
A. Scheer, Oppeln
Kirchstraße 12
Gegr. 1889  Telefon 516
Eisen-, Messing-, Stahl- und Kurzwaren / Eisenbahn- und Bahnbau
Haus- u. Küchengeräte, Werkzeuge in Extraqualität

OPPELN
Herren-Artikel
Kurz- und Wollwaren
a Qualität bei billigen Preisen
Spezialität:
Damenflor-, Maccostrümpfe
empfehlen
Paul Brylla, Oppeln
Odersstraße 25. Telefon 616.

J. Kruttschek / Inhaber
Georg Kruttschek
Oppeln :: Krakauer Straße 8
Eisenwarenhandlung
Haus- und Küchengeräte / Spezialität: Werkzeuge
Carl Poppelauer Nachfl.
OPPELN - RING 10
Manufaktur-, Modewaren und Leinen

Tapezierer und Dekorateur
Kleiderarbeiten und Umarbeitung
von Polstermöbeln.
Fertige Polstermöbel
in bester Ausführung ständig auf Lager
Robert Libor
Oppeln, Adalbertstraße 11

J. NEBEL, OPPELN
gegenüber der Regierung
Fernsprecher 202
Großes Lager in Herrenstoffen, Kleiderstoffen, Seiden, Züchen, Linons, Damasten, Inletts, Gardinen, Teppiche, Tücher, Damenwäsche usw.
Streng reelle Bedienung!
Billige Preise!

Jos. Herzog
vormals Feigenhauer
Eisenhandlung
Oppeln, Karlstraße Nr. 9